

# Berliner Volksblatt.

## Organ für die Interessen der Arbeiter.

Das „Berliner Volksblatt“

erscheint täglich Morgens außer nach Sonn- und Festtagen. Abonnementspreis für Berlin frei ins Haus vierteljährlich 4 Mark, monatlich 1,35 Mark, wöchentlich 35 Pf. Einzelne Nummer 10 Pf. Sonntags-Nummer mit dem „Sonntags-Blatt“ 10 Pf. Bei Abholung aus unserer Expedition Zimmerstraße 44 1 Mark pro Monat. Postabonnem. 4 Mark pro Quartal. (Eingetragen in der Postzeitungspreisliste für 1889 unter Nr. 866.)

Für das Ausland: Täglich unter Kreuzband durch unsere Expedition 3 Mark pro Monat.

Inserationsgebühr

beträgt für die 4-spaltige Petition oder deren Raum 40 Pf., für Vereins- und Versammlungs-Anzeigen 20 Pf. Inserate werden bis 4 Uhr Nachmittags in der Expedition, Berlin SW., Zimmerstraße 44, sowie von allen Annoncen-Bureaux, ohne Erhöhung des Preises, angenommen. Die Expedition ist an Wochentagen bis 1 Uhr Mittags und von 3-7 Uhr Nachmittags, an Sonn- und Festtagen bis 10 Uhr Vormittags geöffnet.

Fernsprecher: Amt VI. Nr. 4106.

Redaktion: Beuthstraße 2. — Expedition: Zimmerstraße 44.

### Abonnements - Einladung.

Für den Monat November eröffnen wir ein neues Abonnement auf das

### „Berliner Volksblatt“

nebst dem wöchentlich erscheinenden

### „Sonntagsblatt“.

Der Abonnementspreis beträgt frei ins Haus für das ganze Vierteljahr 4 Mark, monatlich 1 Mark 35 Pf., wöchentlich 35 Pf. Bei Selbstabholung aus der Expedition, Zimmerstraße 44.

### 1 Mark pro Monat.

Bestellungen werden von sämtlichen Zeitungs-Expeditoren sowie von der Expedition unseres Blattes, Zimmerstraße 44, entgegen genommen.

Für außerhalb nehmen sämtliche Postanstalten Bestellungen an.

### Die Redaktion und Expedition des „Berliner Volksblatt“.

### Bum Kapitel der Lebensmittelzölle.

Der sozialdemokratische Antrag auf Beseitigung der Lebensmittelzölle hat die Agrarier und ihre Öänner nicht ohne Grund extrahiert. Fürchten doch diese Herren jede parlamentarische Auseinandersetzung, weil ihr Rücken sehr breit ist, und sie, da ihre Sache eine verlorene ist, nur mit dem Rücken pariren können. Wenn wir ihre Sache für eine verlorene erklären, so sind wir nicht so kindlich zu glauben, daß dieser Reichstag den unwiderleglichen Beweisen für die Schädlichkeit und Volksfeindlichkeit der Lebensmittelzölle Gehör schenken und den unter den heutigen Verhältnissen so schon schwer bedrückten breiten Massen diese Last wenigstens von den Schultern nehmen werden. Wo die Profitfrage den Ausschlag giebt, ist das Junkertum von einer Fähigkeit, um welche Sympathie sie beneiden würde.

Das in Deutschland grassierende System der indirekten Besteuerung ist eine nationale Kalamität. Seit Ferdinand Lassalle die wichtige Kritik unter das Volk geschleudert, ist die Arbeiterklasse, soweit sie politisch zu denken vermag, über die Bedeutung der indirekten Steuern vollständig aufgeklärt. Und unsere Gesetzgebung hat seit 1879 vortrefflich dafür gesorgt, daß selbst dem blöden Höder des Philisterrhums, der doch sonst so lammfromm ist, der Geduldsfaden gerissen ist.

Was zu viel, ist zu viel, und wenn man mit der Parole: Lebensmittelzölle oder nicht, die Reichstagswahlen

jetzt in Szene setzte, würde der Kleinbürgerliche Michel dem Kartell eine böse Ueberraschung bereiten.

Daß übrigens auch frühere Jahrhunderte recht energisch gegen die Besteuerung der Lebensmittel Front zu machen verstanden, dafür läßt sich aus der Geschichte Frankreichs ein drastisches Beispiel beibringen. Der allmächtige Minister Heinrich IV., Sully, schwärmte für indirekte Steuern, und in der Notabelversammlung des Jahres 1596 der Vorschlag zur systematischen Einführung derselben gemacht. Thatsächlich wurde denn auch für eine Reihe der wichtigsten Lebensmittel ein Steuertarif, die bekannte pancarte, eingeführt. Ein Anhänger derselben sprach sich darüber aus wie folgt: „Man glaubt, daß von allen giftigen Schlangenbissen derjenige der Ratter der angenehmste ist, weil er unmerklich tödtet, indem er die Verletzten einschläfert und sie aus einem Schlummer in den anderen fallen läßt; und unter den Steuern ist die indirekte die erträglichste, weil man sie zahlt ohne sie zu zahlen, indem man bloß die Waare ein wenig theurer kauft.“ Das ist die ganze Philosophie der indirekten Steuerpolitik in aller Kürze: die neuesten Verfechter derselben sind auch nicht über den herrlichen Trost hinausgekommen, daß man ja die Steuern nicht merke, weil man die Waare „bloß ein wenig theurer“ kauft. Die Franzosen jener Periode waren freilich widerhaarig genug, diese Trostgründe nicht als genügendes Äquivalent der Mehrbelastung zu betrachten. Die pancarte war sehr unpopulär, und in verschiedenen Provinzen waren Unruhen die Folge, so in Limoges, so in Rochelle, so in Poitiers. Im Jahre 1602 mußte Sully, so sehr es ihn auch schmerzte, dies Lieblingskind seiner Finanzkunst begraben, die pancarte wurde beseitigt.

Doch lehren wir vom absolutistischen Frankreich des sechzehnten in das konstitutionell-erleuchtete Deutschland des neunzehnten Jahrhunderts zurück! Es ist nicht ohne Interesse zu erfahren, wie hoch der Ertrag der Eingangszölle einiger wichtiger Lebensmittel seit 1879 gewesen ist. Die amtlichen Publikationen, das jüngste „Statistische Jahrbuch für das Deutsche Reich“ und die „Statistik des Deutschen Reichs“, Neue Folge Band 40, bieten uns die erforderlichen Daten.

Nehmen wir zuerst die Zahlen für Getreide, Hülsenfrüchte und Malz! Der Zoll ergab

1880	14 455 000 Mark
1881	16 575 000 "
1882	19 029 000 "
1883	18 825 000 "
1884	23 816 000 "
1885	30 137 000 "
1886	30 194 000 "
1887	46 479 000 "
1888	57 167 000 "

er nahm nichts davon, denn er wußte, es war für den Vater. Alle tranken nach der Suppe ein Glas frisches Wasser: ihr gewöhnlicher Trunk gegen Ende der Zahlwoche.

„Ich habe kein Bier,“ sagte die Frau, „ich wollte etwas Geld übrig behalten; aber wenn Du wünschst, kann die Kleine Dir ein Glas holen.“

Er blickte sie freudestrahelnd an: Wie, sie hatte sogar Geld?

„Nein, nein,“ antwortete er, „ich habe einen Schoppen getrunken, das ist genug.“

Und Marie ah bedächtig die dicke Suppe von Brot, Kartoffeln, Borri und Sauerkraut aus dem Napf, welcher ihm als Teller diente; während Agire und seine Frau, die das Kind immer noch auf dem Arme hielt, dafür sorgten, daß es ihm an nichts fehle, ihm die Butter und das Fleisch hinschoben und seinen Kaffee auf's Feuer stellten, damit er recht heiß werde.

Inzwischen begann neben dem Buffet das Waschen. Katharine, welche sich zuerst wusch, hatte ein Faß, das ihnen als Wanne diente, halb mit warmem Wasser gefüllt, dann nahm sie die Haube ab und zog ihren Kittel, ihre Hosen und ihr Hemd aus. Sie that es ungenirt, denn sie war seit ihrem achten Jahre daran gewöhnt und fand nichts übles dabei; nur drehte sie sich der Wand zu und ließ ihren Rücken vom Feuer beschienen, während sie sich den ganzen Körper mit schwarzer Seife einrieb. Niemand achtete ihrer, selbst Heinrich und Leonoren war es etwas Alles und sie blickten nicht mehr hin. Nachdem Rätche sich gereinigt, ließ sie Hemd und Kleider am Fußboden liegen und lief, nackt wie sie war, die Treppe hinauf. Jetzt stritten Jeanlin und Zacharias um die Wanne. Jeder wollte der erste sein; der jüngere Bruder hatte sich rasch entkleidet, Zacharias aber schob ihm beiseite und erklärte, wenn er auch so höflich sei, Katharinen den Vorrang zu

Speziell von dem Brotkorn der breiten Massen, dem Roggen, wurden 1888 eingeführt 6 528 110 Doppelzentner im Werthe von 58 753 000 M. Nach den Berechnungen Dr. E. Hirschberg's, die auf sorgfältig gesichtetem Zahlenmaterial beruhen, verbraucht eine Berliner Arbeiterfamilie von 4 Köpfen jährlich 400 Kilogramm Roggenbrot, was nach dem Preise von 1888 eine Ausgabe von 84 M. 88 Pf. ergibt. Da man nach sachverständiger Schätzung annehmen kann, daß 100 Kilogramm Roggen 80 Kilogramm Brot geben, so entfällt auf die Familie ein Roggenkonsum von 500 Kilogramm. Der Zoll auf Roggen beträgt für den Zentner fünf Mark, so daß auf einen Berliner Proletarierhaushalt im Jahre 1888 bloß für Roggenbrot ein Zoll betrug von fünf- undzwanzig Mark, d. h. 33%, pCt. des Brotpreises.

Die nothleidenden Junker östlich der Elbe lassen sich in ihrem Elend von den deutschen Arbeitern helfen, von denselben deutschen Arbeitern, denen sie das Sozialistengefetz aufgehaßt haben. Wir zweifeln natürlich nicht an der kläglichen Lage des Großgrundbesitzes. Es ist schwer, mit dreißigtausend Mark Rente jährlich auszukommen, wenn die standesgemäßen Bedürfnisse vierzigtausend Mark verschlingen.

Mühlensfabrikate aus Getreide und Hülsenfrüchten (Graupen, Ories, Grütze aus Getreide u. s. w.) wurden ins Deutsche Reich im Jahre 1888 eingeführt 132 186 Doppelzentner im Werthe von 3 270 000 M.

An Viehzüchtern gingen ein:

1880	4 407 000 M.
1881	4 440 000 "
1882	4 746 000 "
1883	4 506 000 "
1884	3 524 000 "
1885	4 550 000 "
1886	6 413 000 "
1887	5 174 000 "
1888	4 747 000 "

Der Fleischverbrauch Deutschlands wird zum großen Theil vom Ausland gedeckt; die Vieheinfuhrverbote haben in der letzten Zeit recht augenfällig offenbart, wie ersprießlich die Absperrung der Grenzen für unsere heimischen Thupans ist, deren Ideal „Borstenvieh und Schweinespck“ ist. Die dem arbeitenden Volke so nöthige Fleischkost wird durch die Viehzölle sehr eingeschränkt; kommen gar noch Grenzsperrn hinzu, so bereichern sich die deutschen Viehzüchter, und der kleine Mann mag sich den Schmachtriemen noch enger anziehen. Damit er nicht aus der Uebung komme...

Fleisch von Vieh, ausgeschlachtet, frisch und einfach zubereitet (eingesalzen, geräuchert u. s. w.) wurden in 1888 40 503 Doppelzentner im Werthe von 3 443 000 Mark importirt, Butter (frisch, gefalzen, eingeschmolzen, auch Margarine) 51 726 Doppelzentner im Werthe von 6 311 000 Mark.

Der Zollertrag für den Karpfen des armen Mannes, für Häringe, betrug:

lassen, würde er sich doch niemals in Jeanlin's Wasser baden, das immer schwarz wie Tinte sei. Endlich stiegen sie beide zusammen in das Faß, ebenfalls das Gesicht der Wand zugekehrt, und wuschen sich gleichzeitig. Einer dem Andern dienlich den Rücken einseifend. Als sie fertig waren, rannten sie, wie ihre Schwester, nackt in's Schlafzimmer hinaus.

„Machen die ein Geplätscher!“ rief die Mutter, indem sie die feuchten Kleider zusammenraffte und zum Trocknen aufhängte. „Agire, Du kannst mit dem Schwamm ein wenig den Fußboden aufwischen!“

Ein Lärm, der durch die Wand drang, schnitt ihr das Wort ab. Es war lautes Fluchen und Schelten, dann das Geheul einer Frauenstimme und dazwischen dumpfe Schläge, wie wenn man auf einen leeren Kürbis klopfte.

„Die Levaque bekommt ihren Tanz,“ sagte Marie gelassen, indem er seinen Napf austrug. „Neckwürdig, und Bouteloup meinte, die Suppe sei fertig.“

„Ja, fertig!“ rief seine Frau, „das Gemüse war noch nicht einmal gepußt.“

Das Schreien ward immer lärmender; die Mauer erzitterte von Rufen und Stößen; endlich wurde es ruhig. Der Hausherr führte seinen letzten Löffel zum Munde, dann sprach er, unbeweglich und trocken wie einen Urtheilspruch, die Worte:

„Wenn die Suppe nicht fertig ist, verstehe ich das.“

Er trank ein Glas Wasser; darauf machte er sich an das Fleisch. Er schnitt viereckige Stücke davon ab und aß sie mit der Spitze des Messers, ohne Gabel, zu seinem Brot. Wenn der Vater aß, wurde nicht gesprochen; er selbst schwieg ebenfalls, und obwohl er zu erkennen glaubte, daß das Schweinefleisch nicht von Maigrat komme, richtete er kein Wort darüber an seine Frau; nur einmal fragte er, ob der Alte noch schlafte?

### Feuilleton.

### Germinal.

Sozialer Roman von Emile Zola.

Einzig autorisirte Uebersetzung von Ernst Ziegler.

### Viertes Kapitel.

Als Marie, nachdem er Stephan bei Raffeneur gelassen, nach Hause kam, waren Katharina, Zacharias und Jeanlin eben mit ihrer Suppe fertig geworden; denn wenn die Kohlenarbeiter aus der Grube heimkehrten, hatten sie einen so großen Hunger, daß sie sich ungewaschen, in ihren feuchten Kleidungsstücken zum Essen setzten, ohne auf einander zu warten. So blieb der Tisch vom Morgen bis zum Abend bereit, und wenn Einer aufstand nahm ein Anderer Platz.

Schon beim Eintritt erblickte Marie die Lebensmittel. Er sagte nichts, aber sein bekümmertes Gesicht klärte sich. Während des ganzen Morgens hatte ihn der Gedanke an den leeren Speiseshrank verfolgt; hatte er an sein Heim gedacht, wo es keinen Kaffee, keine Butter, kein Brot mehr gab; hatte ihn, während er in seinem dumpfen Loch dort unten die Kohlen klopfte, die Sorge gequält: wie wird die Frau es anfangen, wie wird sie Hilfe schaffen? Und jetzt war von Allem da! Ein frohes Lächeln übersog seine Züge; doch er fragte nicht. Sie wird ihm schon Alles erzählen.

Rätche und Jeanlin hatten sich erhoben und schlürften lebend ihren Kaffee, während Zacharias, der nicht satt geworden war, sich große Stücke Brot abschneidete und mit Butter bestrich. Er sah wohl das Schweinefleisch, welches Agire ausgepackt und auf eine Serviette gelegt hatte, aber



wünschte Neu-Süd-Wales nicht. Es war eine Halb-  
maßregel. Nun ist aber die Organisation der Landes-  
verteidigung die brennende Frage in den australischen  
Kolonien und nach der Ansicht Sir Henry Parkes  
ist der Bundesrat nicht kompetent, sich damit zu beschäftigen.  
Er hat daher eine Zusammenkunft von Vertretern der verschie-  
denen Kolonien vorgeschlagen, um die Errichtung einer Zentral-  
regierung zu beschreiben, welcher nationale Fragen zugewiesen  
werden können. General Edwards, der Kommandant von  
Dongkong, hat die australischen Streitkräfte und die Werte zur  
Landesverteidigung befristet, und er brückt in seinem Bericht  
die Ueberzeugung aus, daß, wenn die Kolonien ihre Streitkräfte  
vereinigen, ein erfolgreicher Angriff unmöglich sei. Er empfiehlt  
die Vereinigung der Truppen, Ernennung eines Generals in  
Friedenszeiten, übereinstimmende Organisation und Bewaffnung,  
Errichtung einer militärischen Schule und Einführung von gleich-  
gerichteten Eisenbahnen. Die verschiedenen Regierungen tauschen  
bereits ihre Meinungen über diesen Gegenstand aus und die  
öffentliche Meinung unterstützt das Projekt. Eine Bundes-  
armee ist jedoch unklar ohne eine Bundesregierung und der  
Premier von Neu-Süd-Wales begünstigt die Schaffung eines  
Bundesstaats nach dem Vorbild der kanadischen Dominion,  
mit einer Bundesregierung, welcher das Postwesen, die Kon-  
trolle über die Schifffahrt, die Naturalisierung von Fremden,  
das Münzwesen u. dgl. zugewiesen würde. Ein großes  
Hindernis ist, daß die Kolonien abweichende Zolltarife besitzen.  
Neu-Süd-Wales ist freihändlerisch, die anderen Kolonien sind  
schützlerisch. Doch waren die vier großen Staaten der  
Dominion of Kanada ebenfalls kommerziell getrennt, bevor die  
Allie von 1867 sie politisch vereinigte. Ueberhaupt giebt es  
wenige Staaten auf der Erde, wo die Vorbedingungen zum  
Abschluß eines Staatenbundes: Gleichheit der Institutionen, der  
Interessen und der Rasse, so günstig sind als auf dem australi-  
schen Kontinent.

London, 26. Oktober. Auch in Betreff der neuen Form  
der Ständearbeit, welche in den Londoner Docks, Werften u. s. w.  
am 4. November an die Stelle der verhassten Arbeitsvergebung  
an Mittelmänner treten soll, ist nun ein Einvernehmen zwischen  
den Direktoren und Arbeitern erzielt worden. Hiernach soll  
1) die neue Ständearbeit zu dem vollen früheren Vertragspreis  
(der Mittelmänner) unmittelbar an die Arbeiter vergeben und  
diesem bezahlt werden; 2) sollen sowohl die betreffende Dock-  
gesellschaft, wie auch die Arbeiter für jede solche Ständ-  
arbeit je einen Vormann (leading man) haben, welche  
beide gleiche Rechte besitzen, für die gute Ausführung  
der Arbeit verantwortlich sind und die erforderlichen  
Befehle annehmen; 3) nachdem die Arbeit gethan ist, erhält  
jeder Mann zunächst seinen vollen Lohn und der alsdann ver-  
bleibende Ueberschuß wird gleichmäßig verteilt; 4) der Vor-  
mann der Gesellschaft wird von der Gesellschaft (d. h. nicht  
aus dem Preis für die betr. Ständarbeit) bezahlt, erhält aber  
seinen Antheil von dem etwaigen Ueberschuß. Mit dieser  
Uebereinkunft ist die letzte Schwierigkeit zwischen Unternehmern  
und Arbeitern des hiesigen Hafens beseitigt. Da übrigens die  
Stimmlichen sogenannten „Auslandsräten“, soweit sich dieselben  
nicht bereits zurückgezogen hatten, in der schon früher er-  
wähnten Weise für die Gewerksvereine der Hafenarbeiter  
gewonnen worden sind, so arbeiten in den Docks  
u. s. w. jetzt nur noch Gewerksvereinsmitglieder, die alle zu-  
sammen genommen einen großen Verband bilden, derart,  
daß der Vorstand dieses Verbandes die von den Dockgesell-  
schaften anerkannte Vertretung der gesamten Hafenarbeiter-  
schaft bildet. Der Hauptvortheil dieser Aenderung sind einheitlich  
geordnete Arbeitsverhältnisse und eine wesentliche Vereinfachung  
der Beziehungen zwischen Unternehmern und Arbeiterschaft.  
Man glaubte denn auch allgemein, daß diese Errungenschaft  
des großen Auslandes sich auf die Dauer bewahren werde.  
— Hier in England steht augenblicklich die dreifache, von John  
Burns geleitete Bewegung der Bädergesellen, Eisenbahn-  
arbeiter und Pferdehändler und Omnibus-Angestellten im  
Vordergrunde. Die Bäder sind außerordentlich rührig,  
und ihr Gewerksverein besitzt in London jetzt bereits 27  
Haarlinge. Sie haben, falls ihre Forderungen bis  
dahin nicht bewilligt sein sollten, einen allgemeinen Aus-  
land für den 9. November in Aussicht genommen. Von den 14 000  
Hafenbahnangestellten haben sich erst 1000 dem neugegründeten  
Gewerksverein derselben angeschlossen, und, wie Burns heute  
früh in einer massenhaft besuchten Nachversammlung erklärte,  
soll ein allgemeiner Aus-land erst dann gewagt werden, wenn  
wenigstens 7000 Mann dem Gewerksverein beigetreten sein wer-  
den, was wohl noch einige Wochen dauern wird. Die  
wichtigste dieser drei Bewegungen ist die der Eisenbahn-  
arbeiter, welche ebenfalls einen neuen Gewerksverein ge-  
gründet haben, der schon viele Tausend Mitglieder zählt und  
momentlich auch in den großen Provinzialstädten eine rasche  
Thätigkeit entfaltet. Man fürchtet deshalb, daß durch einen  
möglichst Eisenbahnarbeiteraus-land der verlassene Hafens-  
arbeiteraus-land in jeder Hinsicht weit in den Schatten gestellt  
werden wird.

### Frankreich.

Paris, 29. Oktober. Die Republikaner, welche mit dem

Nachmittag. Sie schwitzte, war außer Athem und konnte  
kaum fortfahren:

„Er schimpfte mich: „alter Krampfen“ und was weiß  
ich, bis er mir endlich versprach, daß wir bis Samstag Brot  
bekämen. . . . Und das Schönste ist, daß er mir fünf  
Franks geliehen hat. . . . Ich habe noch Butter, Kaffee  
und Biskorien bei ihm genommen; ich wollte auch das  
Fleisch nehmen und die Kartoffeln, aber er brummte. . . .  
Sieben Sous Fleisch, achtzehn Sous Kartoffeln: mir bleiben  
noch drei Franks fünfundsiebzig für ein Ragout und eine  
Fleischbrühe. . . . Nicht wahr, ich habe meine Zeit nicht  
verloren?“

„Recht rief sie ihn ab, unter den Armen, auf der Brust,  
und wo es nicht trocken wollte, mit dem Handtuch tupfend.  
Er dachte nicht an die Bezahlung dieser neuen Schuld; er  
war so glücklich und so gut aufgelegt, daß er ihr mit fröh-  
lichem Lachen um den Hals fiel.“

(Fortsetzung folgt.)

### Aus Kunst und Leben.

Die englischen Gerichte sind mit der Untersuchung  
eines Diebstahls beschäftigt, dessen mutmaßliche Urheberin, eine  
etwa 30jährige Dame, Miss Eliza Jane Scoffham, allem An-  
sehen nach mit großem Nutzen den Vicar of Wakefield gelesen  
haben muß. Am Mittwoch letzter Woche kam eine als  
Diatonissin gekleidete, anscheinend 45 Jahre alte Frau auf die  
Treppe der Birmingham-Bank in Bridgworth und verlangte  
von einem der Kunden, der auf der Bank ein bedeutendes Gut-  
haben hat, ein Chekbuch. Es wurde ihr verweigert. Wenige  
Minuten vor Schluß der Bank kam dieselbe Diatonissin,  
wünschte in aller Form einen Chek für 210 Pfd. Sterling  
(4200 M.) auszuwechseln und verlangte den Betrag  
in Gold ausgezahlt. Dieser Umstand und die Größe  
der Summe machten den Kassierer stutzig. Er rief  
den Bankverwalter, verpackte aber das Gold in  
Tüchlein und legte diese hinter das Pult, so daß die Frau sie  
nicht sehen konnte. Ihre starken Augen hatten aber die Be-  
wegungen des Kassiers genau verfolgt, und als dieser den

Diebstahl des Boulangismus endgiltig überwunden zu haben  
glauben, sind unerfahrenen Kerzen ähnlich, die eine Krankheit  
für gehoben halten, wenn es ihnen gelungen ist, ein Symptom  
dieselben zu beseitigen. Frankreich hat eine republikanische  
Mehrheit gewählt, aber damit ist nur eine Vorbedingung der  
Heilung gegeben und keineswegs das Land bereits genesen. Die  
Ursachen, die zwei Jahre lang der Entwicklung des Boulangismus  
günstig waren, sind noch gänzlich vorhanden; unterläßt man  
es oder versteht man nicht, sie zu beseitigen, so wird binnen  
kurzem die Bewegung, ja vielleicht sogar mit verstärkter Macht,  
aus neuer ihr Haupt erheben. Die Elemente derselben sind  
zwar theilweise zerstreut, können aber durch die Umstände leicht  
wieder gesammelt werden. Vor doch gestern das Begräbniß  
des unbekanntes Herrn Griffith, eines Onkels der von ihrem  
Gatten getrennt lebenden Frau Boulangier, den Freunden des  
tapferen Generals einen genügenden Anlaß, sich zu  
zeigen. Obwohl das Wetter wundervoll mild und heiter  
war, hatten sich doch nur einige hundert Gestalten zu  
dieser ersten Parade der Radaupartei eingefunden — gewisser-  
maßen der Generalstab der von ihrer Niederlage noch nicht er-  
holten boulangistischen Armee, mit einer, da die Mittel augen-  
blicklich knapp sind, unansehnlichen Garde von Zeitungsschreibern.  
Stärker vorausichtlich schon wird die geplante Kundgebung am  
Tage der „Revue“, des Zusammentritts der Kammern, auf  
dem Eintrachtstage — auch ein lucus a non lucendo — aus-  
fallen, und wenn erst der fromme Wunsch der „Gazette de  
France“, Boulangier möge sich seinen Richtern stellen, in Er-  
füllung ginge, so erleben wir vielleicht ein Schauspiel, das die  
berühmte Scene des Lyoner Bahnhofes übertrumpfte. Die  
leidenschaftliche Menge ist aber, wie ein Weib, vergehlich und  
nachlässig für die Fehler ihrer Lieblinge. Verschärfungen des  
Verfahrens helfen dabei gar nichts, sie machen im Gegentheil  
das Uebel nur schlimmer. Beschwerlichend hingegen und die  
Schaaften der Wohlgegnigten mindern wird eine Politik auf  
ausgewählter, durchdacht und mit sicherer Hand ausgeführter  
Reformen wirken, durch welche den Massen längst gehegte  
Wünsche erfüllt und dem Lande Befriedigung gewährt  
wird. Möge die Kammermehrheit nicht zögern, eine solche  
Politik zu inaugurieren, denn nur sie vermag die Republik  
endgiltig von der Gefahr, die ihr noch immer droht, zu be-  
freien.

### Holland.

Amsterdam, 28. Oktober. Gestern Morgen sollte ein Theil  
der Ladung Korinthen, welche durch den Dampfer „Cosmo-  
polite“ angeführt wurde, hier gelöscht werden. Die Arbeiter  
weigerten sich jedoch, die Arbeit anzufangen, wenn ihr Lohn  
nicht von 20 auf 25 Cents pro Stunde erhöht würde. Die  
Rheber bewilligten die Forderung für diesen Tag, allein ihr  
Vertreter konnte kein Versprechen abgeben, daß diese Lohn-  
erhöhung auch in Zukunft gelten würde. Die Arbeiter weigerten  
sich deshalb, die Ladung zu löschen und der „Cosmopolite“  
mußte, ohne den für Amsterdam bestimmten Theil seiner  
Ladung hier zu hinterlassen, die Reise nach Hamburg fortsetzen,  
wobin der übrige Theil der Ladung bestimmt ist. Die Zahl  
der ausbleibenden Arbeiter beträgt etwa hundert. Heute sind  
alle anderen Dockarbeiter ruhig bei der Arbeit geblieben, so  
daß die Aussichten des Streiks noch nicht sehr groß sind.

### Amerika.

New-York, 19. Oktober. Der Enthusiasmus, mit  
welchem in der Stadt New-York der vor einigen Monaten  
seitens einer Anzahl von Bürgern und Zeitungen gemachte  
Vorschlag, anlässlich der vierhundertjährigen Feier der Ent-  
deckung Amerikas durch Christoph Columbus eine Welt-  
ausstellung in der Metropole der Vereinigten Staaten zu  
veranstalten, begrüßt wurde, ist leider im Schwinden begriffen.  
Schuld daran ist das langsame Vorgehen der mit den not-  
wendigen Vorarbeiten betrauten Bürgerausschüsse und haupt-  
sächlich der in Vorschlag gebrachte Plan, auf welchem die Ge-  
bäude für die Weltausstellung errichtet werden sollen. Der be-  
treffende Ausschuss hat nämlich empfohlen, im Nothfalle den  
nördlichen Theil des Centralpark mit in den Ausstellungsplan  
hineinzuziehen. Dieser letztere Vorschlag stößt nun bei einem  
Theile der New-Yorker Presse und Bevölkerung auf eine derartige  
Opposition, welche schließlich die Auswahl eines anderen  
Platzes notwendig machen dürfte, wodurch die Vorarbeiten für  
das Unternehmen ganz ungebührlich in die Länge gezogen  
werden würden. Dazu kommt, daß der Finanzauschuss sich  
noch immer nicht definitiv auf einen Plan zur Ausführung  
des notwendigen Garantiefonds geeinigt hat, obwohl eine  
große Anzahl unserer Geschäftsleute und Bürger bereit ist, ganz  
beträchtliche Summen für diesen Fonds zu subscribieren. Zwar  
hat der betreffende Ausschuss sich dahin geeinigt, daß die ver-  
schiedenen Weltausstellungskomitees unter sich 300 000 Dollars  
zur Deckung der vorläufigen Kosten aufbringen sollen, und  
ferner beschließen, einen Garantiefonds von 5 000 000 Dollars  
durch Subscription zu beschaffen, doch fehlt es noch immer an  
einem formellen Plane, wie die Sache in Angriff genommen  
werden soll. Durch die obengenannte Opposition, sowie durch  
die Verzögerung in der Ergründung von Maßregeln  
zur Beschaffung der nötigen Geldmittel ist das Zu-

stücken lehrte, um mit dem Bankvorsteher weiter zu sprechen,  
ergriff sie das Geld und rannte aus der Thüre. Die beiden  
Bankbeamten setzten über den Tisch und ihr nach. Die Ver-  
jagd ging durch die Stroken der Stadt; so schnellfüßig war  
die Diebin, daß die ahemlosen Angestellten sie einmal ganz  
aus den Augen verloren. Als sie die Diebin endlich in der  
Nähe der Eisenbahnwarte stellen aufstanden, hatte erstere ihre  
dunkelbraune Perücke weggeworfen, der blaue Schleier und  
Gehschut waren verschwunden und vor den Verfolgern stand  
ein junges Mädchen mit hellbraunen Haaren, auf denen  
ein grüner Filzhut saß. Der Bankkassierer traute  
seinen Augen nicht, und war auf dem Punkt, sich  
mit einer Entschuldigung wieder zu entfernen, als er  
eine Rolle Gold noch in ihrer Hand bemerkte. Er packte sie  
an beiden Armen, und trotz ihres Sträubens mußte sie warten,  
bis ein Schutzmann sie wegen Diebstahls in Gewahrsam nahm.  
Sie hatte der Bank gegenüber ein Zimmer gemietet und in  
ihrer Tasche befand sich ein von einer Klientin der Bank, einer  
Frau Wanhöfer, geschriebener Brief, dessen Unterschrift zum  
Zweck der Fälschung des Cheks verwendet worden war. Bei  
dieser Gelegenheit erinnerte man sich eines früheren Ereignisses.  
Miss Eliza J. Scoffham leitete seit Jahren mit ihrer Schwester  
Alice ein feines Dameninstitut in Wolverhampton. Voriges Jahr  
kam eine Dame zu einem Speereihändler der Nachbarschaft und  
wechselte einen Chek für 43 Pfd. Stl.; die Unterschrift war  
gefälscht und der Krämer behauptete, daß die Dame, welche ihn  
präsentirte, keine andere sei als Miss Alice Scoffham. Als  
dies in seinen Lagen kam, beschuldigte er sie des Betruges,  
schloß sie in sein Komptoir ein und ließ sie durch einen Schutz-  
mann auf die Wache führen. Der Richter setzte sie bald in  
Freiheit, da der Speereihändler keine genügenden Beweise der  
Identität beibringen konnte, die Kleider waren nicht dieselben.  
Miss Alice strengte dann einen Prozeß gegen den geprellten  
Speereihändler an wegen falscher Anklage und Verleumdung  
und verlangte eine Entschädigung von 1000 Pfund. Lord  
Oberichter Coleridge, der die Affäre leitete, sprach ihr 750  
Pfund zu und las obendrein dem Speereihändler seiner un-  
glaublichen Nachlässigkeit wegen tüchtig die Kröten. Die beiden  
Schwestern verschwanden später aus Wolverhampton. Die Ver-  
haftung der Eliza wirft ein neues Licht auf den Prozeß der  
Alice Scoffham. Die beiden Schwestern scheinen nach gleicher  
Manier ausgebildet zu sein und zu arbeiten.

Von einem vergnüglichen Vorgang, der sich anfangs  
v. Nitz. im neuseeländischen Parlament zugetragen hat,  
als diese Körperschaft sich mit einem neuen Vertretungsge-  
setz

handkommen des Ausstellungsprojektes ernstlich in  
Frage gestellt worden, wenigstens so weit es New-York  
anbetrifft. Wenn hier nicht bald ganz energische Schritte ge-  
thon werden, um den Ver. Staaten und der übrigen Welt zu  
zeigen, daß wir im Stande und Willens sind, die Weltaus-  
stellung zu veranstalten, werden uns andere Städte, welche das  
selbe streben, das Unternehmen innerhalb ihrer Mauern zu  
haben, zuvorzukommen. So macht z. B. Chicago ganz bedeutende  
Anstrengungen in dieser Hinsicht. Man ist dort mit den nötigen  
Präliminarien viel weiter als bei uns; nicht nur daß man  
Raum genug für die Ausstellung und sogar schon eine sehr  
respektable Summe für den Garantiefonds gezeichnet hat, ga-  
rantiren die dortigen Bürger bereits im ganzen Lande für ihr  
Unternehmen und haben ferner begonnen, die Mitglieder des  
Kongresses, welche schließlich hinsichtlich der Angelegenheit den  
Ausschlag zu geben haben, dafür zu interessieren. Die Bürger  
New-Yorks sollten sich in dieser Beziehung ein Beispiel an  
der thätigsten und unternehmenden Hauptstadt des Westens  
nehmen, sonst schnappt uns dieselbe die Ausstellung vor der  
Nase weg.

### Soziale Uebersicht.

Der Grundbesitz ist in arger Bedrängniß, sagen die  
Agrarier, und Korn-, Vieh-, Holz-, Schansteuer, Rüben-  
zuckererportprämien fallen den nothleidenden Jauern zu. Ja,  
die Landwirtschaft bedarf der Hilfe, aber nicht der Groß-  
grundbesitz, sondern die Bauernschaft. Die Kleinbetriebe  
werden durch die moderne Entwicklung, die auch in der Land-  
wirtschaft dem Großkapital den Sieg sichert, sicher und  
gründlich zerrieben, wie die Körner von Mähkneben. Bayern,  
das wegen seines „kräftigen“ Bauernstandes so sehr gerühmt  
wird, zeigt uns, wie die Herrlichkeit des kapitalschwachen Be-  
triebes zu Grunde geht. Nach der „Zeitschrift des kgl. bayri-  
schen statistischen Bureaus betrug die Zahl der zur wangs-  
weisen Verfeinerung gebrachten landwirtschaftlichen  
Anwesen im Jahre:

1883 . . . . .	1803
1884 . . . . .	1506
1885 . . . . .	1318
1886 . . . . .	1348
1887 . . . . .	1111
1888 . . . . .	1514

Von den 1514 auf die Gant, d. h. zum Konkurs und zum  
öffentlichen Verkauf gelangten öffentlichen Anwesen waren  
1234 = 81,5 pCt. kleinere Anwesen bis zu 10 Hektar,  
278 = 18,4 „ mittlere Anwesen von 10—100 Hektar,  
2 = 0,1 „ größere Anwesen über 100 Hektar.

Und zwar betrug die Größe der zwangsweisen veräußerten  
Anwesen des Jahres 1880 in Prozenten:

Bis 1 Hektar 18,5	
Ueber 1 bis 2 Hektar	15,3
„ 2 „ 3 „	12,1
„ 3 „ 4 „	8,4
„ 4 „ 5 „	6,8
„ 5 „ 10 „	20,3
„ 10 „ 20 „	12,0
„ 20 „ 30 „	4,2
„ 30 „ 40 „	0,9
„ 40 „ 50 „	0,5
„ 50 „ 75 „	0,5
„ 75 „ 100 „	0,3
„ 100 „ 150 „	—
„ 150 „ 200 „	0,1
„ 300 Hektar	—

Diese Ziffern sprechen für sich selbst. Nicht bloß die  
Zugewinnwirtschaft, nicht bloß die Parzellirbauern werden befer-  
tigt, nicht bloß diejenigen, welche kein Getreide für den Markt  
produzieren können, auch der Mittelbetrieb, auch die Händ-  
lertarmänner fallen dem Auffassungsprozeß ohne Gnade zum  
Opfer. Je rascher aber die Agrarstände sich umwälzen, um  
so größer das landliche Proletariat, um so mächtiger der Jauch  
in die Städte, um so beschleunigter auch nicht bloß die Kritik  
in den Bauernhöfen, sondern auch in den Bauern-  
schädeln. Welche Enttäuschung für Schäffler und seine  
gläubige Gemeinde, die sich in den süßen Traum  
vom „antifolketivistischen Bauernschädle“ hineingelegt hat.  
Der Traum ist zu schön, um wahr zu sein.

### Gerichts-Beitrag.

Ein eigenartiger Diebstahlprozeß beschäftigte gestern  
die dritte Strafkammer des Landgerichts in längerer Sitzung.  
Auf der Anklagebank befanden sich der Schankwirth Friedrich  
August Walter und dessen beide Söhne, der 22 Jahr alte

beschäftigte, weih der Sydneyer Korrespondent der „Frankfurter  
Ztg.“ zu berichten. Tag und Nacht ununterbrochen dauerten  
die Sitzungen, da die Oppositionspartei jede Abstimmung  
immer und immer wieder zu hinterziehen wußte. Endlich er-  
lahmten auch die stämmigsten und „aufgewecktesten“ Anhäng-  
er der Regierung. Da, es war Morgens 3 Uhr, erschien ein  
schwer bewachter Wagen vor der Parlamentsporte. Schleunigst  
und in aller Stille wurde seine Ladung, 30 Decken, 30 Kopfkissen  
und 30 Matratzen in das Gebäude hineingeschmuggelt und in den  
Bureauz der Regierungspartei geborgen. Ebenso sorgfältig wurde  
hierauf diese Zimmer wieder abgeschlossen. Die Regierung-  
leute hatten aber die Rechnung ohne die Opposition gemacht.  
Zwei Mitglieder derselben waren von dem Eintreffen der ge-  
heimlichvollen Ladung rechtzeitig verständigt worden, erkommen  
im Dunkel der Nacht von außen her die Heile Wand des  
Parlamentsgebäudes, öffneten ein Fenster und schafften die  
90 Stück Matratzen, Kissen und Decken in das feindliche Lager  
in die Zimmer der Opposition, hinüber. Der Raub der Lager-  
schatzen stellte sich alsbald heraus, die Opposition gab ihre  
Beutestücke aber erst wieder heraus, nachdem sich die Regie-  
rung anbeisig gemacht hatte, dieselben unverzüglich an die  
Firma, von welcher sie gemietet worden waren, zurückzu-  
schicken.

Vererbung. Ein überraschendes Beispiel von Vererbung  
einer individuell ermernden Eigenschaft theilt Herr Max  
Handmann aus Seedorf bei Benzen a. d. Elbe im „Korres-  
pondenzblatt der deutschen Gesellschaft für Anthropologie“ mit.  
In den Pfarrakten zu Groben, Kreis Teltow, der Provinz  
Brandenburg, fiel mir die Unterschrift eines Schulvorstehers,  
Dauer Löwendorf, im Jahre 1868, wo ich dort als Berliner  
Domlandbibel einige Monate Pfarrverweser war, dabur auf,  
daß derselbe stets schrieb: „August Löwendorf“ statt „August“.  
Einige Jahre später hielt ich Schulerkennung und hörte ein  
Mädchen lesen: „Lene“ statt „Lene“, „Raleb“ statt „Raleb“  
u. s. w. Auf meine Frage nach dem Namen des Kindes, er-  
fuhr ich, daß sie Löwendorf heiße und die Tochter jenes  
Bauern sei. Ich forschte weiter: Der Vater, leider damals  
nicht mehr lebend, hatte den Sprachfehler, der zur Weiter-  
leitung seiner Vorgänger beim Sprechen vielfach zu Tage trat, als  
Folge eines unglücklichen Sturzes von einem Scheuerbalken auf  
Schuerdiel sich zugezogen vor der Geburt des Kindes. Die Schreibweise  
dieses Mädchens zeigte, daß derselbe auf das neue Symbol  
von Karboff sprach von  
dem Später in Auf zu

Otto Walter und der 17 jährige Schüler Emil Walter, welche wiederholt schwere Diebstähle an Baumaterialien begangen haben sollten. Der Schankwirth Müller ist Inhaber einer Restauration im Hause Sectr. 20. In diesem Frühjahr hatte der Bauunternehmer Müller auf dem Nachbargrundstücke einen Neubau aufzuführen. In einem April-Morgen wurde entdeckt, daß im Laufe der Nacht zwölf Stück schwere Bohlen entwendet worden waren. Auf die Angeklagten fiel keinerlei Verdacht, bis bei der Polizei ein anonymes Schreiben einlief, worin Walter und seine beiden Söhne als die Thäter bezeichnet wurden. Es wurde eine Hausdurchsuchung vorgenommen, aber nichts gefunden. Nun grub man im Garten noch und hier wurden die vermischten Bohlen in einer Tiefe von etwa einem Meter vergraben gefunden. Die Nachforschungen wurden fortgesetzt und förderten ein überraschendes Resultat zu Tage. An verschiedenen Stellen fand man ganze Niederlagen von guten und brauchbaren Brettern, im Ganzen 87 Stück, außerdem wurden drei

Rollen Dachpappe, ein Achriegel und elf sogenannte Jaunpohlstiele dem Erdreich genommen. Alle diese Gegenstände erkannte der Bauunternehmer Müller als sein Eigentum wieder, das vom Neubau gestohlen war. Während der Schankwirth Müller früher seine Mitthäterschaft zugegeben, legte er sowohl wie sein jüngster Sohn sich im Verhandlungstermine aufs Reuigen und versuchten die ganze Schuld auf den dritten Angeklagten zu schieben. Dieser wollte die Diebstähle auch allein ausgeführt haben, bestritt aber, daß er, wie die Anklage behauptet, zu diesem Zwecke ein Thürschloß mittelst Nachschlüssels hatte öffnen, oder sich mit Gewalt durch Befestigung des Bauwannes den Zutritt zum Neubau hatte verschaffen müssen. Außerdem behauptet die Verteidigung, daß dieser aekündigte Angeklagte nicht zurechnungsfähig ist und hatte den Professor Geheimrath Culenburg als Sachverständigen laden lassen. Die Beweisaufnahme fiel zu Ungunsten aller drei Angeklagten aus. Uebereinstimmend befanden die Zeugen, daß ein einzelner Mensch unmöglich die schweren Bohlen fort-

schaffen konnte und mehrere Hausbewohner hatten sich verschiedenen Malen gesehen, daß alle drei Angeklagte im Bruch der Nacht mit Brettern geschleppt haben. Es wurde ihnen erwiesen angenommen werden, daß mindestens beim Durchbrechen der Bohlen ein Hinderniß mit Gewalt hatte beseitigt werden müssen und schließlich äußerte der medizinische Sachverständige noch dahin, daß an der Geistesgesundheit des Angeklagten Otto Walter ein Zweifel nicht bestehen könne. Der Staatsanwalt beantragte gegen den Schankwirth Müller mindestens sechs einfacher und eines schweren Diebstahls, gegen die beiden Söhne sechs Monate Gefängnis und gegen Emil Walter sechs Monate Gefängnis. Der Gerichtshof billigte auch dem ersten Angeklagten die Umstände zu, verurtheilte ihn aber dennoch zu zwei Jahren Gefängnis und zweijährigem Ehrverlust. Die beiden angeklagten Söhne kamen mit sechs bezw. einem Jahre Gefängnis davon.

**Theater.**

Freitag, den 1. November.  
**Spernhaus.** Bild und Floe.  
**Schanzspielhaus.** Der Name.  
**Deutsches Theater.** Faust's Tod.  
**Lesing-Theater.** Der Fall Clémenceau.  
**Friedrich-Wilhelmstädtisches Theater.** Der Polengraf.  
**Residenz-Theater.** Schwiegermama.  
**Wallner-Theater.** Der Dampfsack.  
**Viktoria-Theater.** Stanley in Afrika.  
**Alteud-Theater.** Ein Berufsbild.  
**Pellealliance-Theater.** Der Zauberlehrling.  
**Broll's Theater.** Hohenhausen und Hohenjollern.  
**Königstädtisches Theater.** Mifosch.  
**Zentral-Theater.** Das lachende Berlin.  
**Adolph Ernst-Theater.** Flotte Weiber.  
**Sebr. Richter's Variété.** Spezialitäten-Vorstellung.  
**Reichshallen-Theater.** Gr. Spezialitäten-Vorstellung.

**Berliner Theater.**

Freitag, den 1. November: 9. Abonnements-Vorstellung: Demetrius.  
 Sonnabend, den 2. November: **Routinje, der Mann von Eisen.**  
 Sonntag, 3. November: Demetrius.

**Thalia-Theater,**  
 15 Wallnertheaterstraße 15.

Täglich:  
**Gr. Concert-, Theater- und Spezialitäten-Vorstellung.**  
 Gr. Erfolg des Illusionisten Schellini, des Froschmenschen Vincento, des beliebten Volkshumorist. Wilh. Fröbel etc. Anfang 7 1/2 Uhr.  
 Entrée 30 Pf. Sonntags 64 Uhr.

**American-Theater.**

3865  
 Dresdenerstr. 55.  
 Täglich Vorstellung.

**Circus Renz.**

Karlstraße.  
 Heute, Freitag, den 1. November 1889:  
 Abends 7 Uhr:  
**Große Komiker-Vorstellung**  
 mit einem speziell ausgewählten Programm.  
 M. Depsch mit seinem höchst komischen dreif. Ges. Auftreten der sämtlichen Clowns in ihren höchst komischen Intermezzen u. Entrees.  
**Im dunklen Erdtheil, (Einnahme von Sagamoya.)**  
 (Geleglich geschöpft).  
 Große equestrische Original-Pantomime, arrangiert und in Scene gesetzt vom Direktor G. Renz.  
 Albatros und Kolibri, arab. Vollbluthengste, in Freiheit dressirt und vorgeführt von Herrn Franz Renz. Auftreten der Schulfreierin Fel. G. Guerra, sowie der vorzügl. Reitskünstlerinnen und Reitskünstler.  
 Morgen, Sonnabend: Extra-Vorstellung.  
 Sonntag: 2 Vorstellungen.  
 E. Renz, Direktor.

**Circus Busch.**

Friedrich-Walder.  
 Heute, Freitag, den 1. November 1889:  
 Abends 7 1/2 Uhr: 566  
**Große brillante Humor-Vorstellung.**  
 Zum Vergnügen für den beliebten Clown **Tanti Bedini.**  
 Wer lachen will muß heute im Circus Busch sein!!  
 Zum ersten Mal: **Der Phonograph à la Edison**, erläutert vom Clown Tanti Bedini. Tanti Bedini als Schuster. Tanti Bedini als Zauberer. Der Flug vom Circus herab vom Benefizianten. Eine Fischpartie etc. Viel Neues und viel zum Lachen.  
 Nur noch 3maliges Gastspiel der **Original-Singhalesen** mit ihren Riesen-Arbeits-Elephanten, Reit- und Fahr-Zebus etc. etc.  
 Ferner Auftreten der vorzüglichsten Mitglieder der Gesellschaft.  
 Alles Nähere die Plakate.

Unserm Freunde Schulz, aber nicht Dorf-Schule, sondern Rudiger P. Schulz am Kottbuser Platz (Alte Linde) zu seinem heutigen Wiegenfeste ein dreimal donnerndes Hoch!!! daß den Gentleman der Boden unter den Füßen erzittert.  
 Seine Gäste P. P. 1864

**Codes-Anzeige.**

Allen Freunden und Bekannten hiermit zur Nachricht, daß unser Kollege **Friedrich Meyer** am 30. v. Mts. nach kurzer Krankheit verstorben ist.  
 Die Beerdigung findet am Sonntag, den 3. November, Nachmittags 3 Uhr, vom Trauerhause Oppelnerstr. 33 aus nach dem Emmaus-Kirchhof statt. 568  
**Die Kollegen der Piano-Fabrik Klingmann & Co.**

**Orts-Krankenkasse der Strumpfwirker.**

Sonntag, den 10. November, Vormittags 10 1/2 Uhr, bei Feind, Weinstr. 11: 563  
**Ordentliche General-Versammlung.**  
 Tagesordnung:  
 1. Festsetzung der Vergütung des Kassensführers und der Höhe der von demselben zu stellenden Kautions. 2. Wahl des Vorstandes. 3. Wahl des Rechnungs-Prüfungs-Ausschusses. 4. Verschiedenes. Arbeitgeber wie Mitglieder werden nach § 44 des Statuts hierzu eingeladen.  
**Der Vorstand.**  
 Moritz Voigt, Vorsitzender, Große Frankfurterstr. 123, 2. Quergeb. part.

**Fachverein der Buzer Berlins.**

Am Sonntag, den 3. November, Vormittags 11 Uhr, im „Louisenstädtischen Concertsaal“, Alte Jakobstraße 37:  
**Mitgl.-Versammlung.**  
 Tagesordnung:  
 Bericht der Kommission in der Rüstungsfrage. Vereinsangelegenheiten. Verschiedenes und Fragebeantwortung.  
**Der Vorstand.**

**Tischler-Verein.**

Am Sonnabend, den 2. November, Abends 9 Uhr, Kottbuserstr. 4a:  
**General-Versammlung.**  
 Tagesordnung:  
 1. Rassenbericht vom 3. Vierteljahr. 2. Bericht von der Bibliothek. 3. Beschließung über das diesjährige Weihnachtsvergnügen. Nur Mitglieder haben Zutritt. 565  
**Der Vorstand.**

**Die Fachvereins-Versammlungen der Steinmehnen zu Berlin**

finden jeden Sonntag nach dem ersten in Deigmüller's Salon, Alte Jakobstr. 48a, statt; also nicht mehr Sophienstr. 34.  
 496 **Der Vorstand.**

**Achtung Bildhauer!**

Nach nicht bewilligt haben: Westner, Fabrikant, Rantaustr. 54. Franke, Fabrikant, Brandenburgstr. 33.  
**Die Kommission der Bildhauer,** Annenstr. 16.  
 567

**Tischler!**

Die Differenzen, welche in der Werkstatt von Reddemann, Groß-Görschenstr. 18, zu einer Arbeitsniederlegung eines Theiles der dort arbeitenden Kollegen geführt haben, sind in sofern beigelegt, da Herr Reddemann die anstößige Werkstattordnung zurückgenommen hat. 560  
**Der Vorstand des Fachvereins der Tischler.**

Zur pünktlichen Lieferung des Berliner Volksblatt, der Volks-Tribüne, sowie sämtlicher Broschüren für Arbeiter empfiehlt sich **C. Pirch, Veteranenstr. 10.** 559

**Passage 1 Et. 9 M. - 10 u Kaiser-Panorama.**  
 In dieser Woche: Zum ersten Mal: **V. Gocl.: Die Berliner Welt-Kunstausstellung.**  
 1. Reihe: **Athen-Konstantinopel.**  
**Hertha-Reise.**  
 Eine Reise 20 Pf., Kind nur 10 Pf. Adonn. 3 Reisen 1 M.

**Große öffentl. Kommunal-Wähler-Versammlung**  
 des 13., 14., 15. u. 17. Wahlbezirks

am Freitag, den 1. November, Abends 8 Uhr im Lokale Sanssouci, Kottbuserstrasse Nr. 4  
 Tages-Ordnung:  
 1. Die bevorstehenden Kommunal-Wahlen. Referent: E. Vogtherr. 2. Verschiedenes.  
 562 **Der Einberufende**

In allen durch Plakate kenntlichen Handlungen sind Loose à 1 Mark — elf Loose für 10 Mark — der

**Grossen Cölner Lotterie**

Ziehung am 14. November 1889

zu haben. Loose à 1 Mark empfiehlt und versendet

**Carl Heintze, Loose-Generaldebet**  
 Berlin W., Unter den Linden 3.  
 Jeder Bestellung sind 20 Pf. für Porto und Gewinnliste beizufügen.

**Hamburger Ausstellungs-Lotterie.**

Hauptgew. i. B. von 15 000 M., 10 000 M. u. s. w. Ziehung am 7. u. 8. November  
 Loose à 1 M. (für Wiederverkäufer günstige Bedingungen) empfiehlt beistens. 561  
 haben für Porto und Ziehungsliste 25 Pfg. (unter „eingeschrieben“ 45 Pfg.) beizufügen. NB. Unter Nachnahme werden keine Bestellungen ausgeführt.  
**Julius Gertig in Hamburg.**  
 Verkaufsstellen in Berlin bei M. Fraenkel, C., Roststraße 7; M. Lohmann, C., Stralauerstr. 1; H. Damrau, N., Anflamerstr. 42; M. Fraenkel jr., C., Unter den Linden 44; Ludwig Möller & Co., C., Schloßplatz 7; S. Hirschberg, C., Unter den Linden 24a; J. Rosenberg, S., Kommandantenstraße 51; Oscar Bräuer & Co., Leipzigerstraße 103; H. Miles, S., Sebastianstr. 77; Fabian, Große Frankfurterstraße 103.  
 Versandt der Listen vom 12. November ab.

**Winter-Paletots und Anzüge**

für Herren und Knaben,  
 einzelne Röcke, Jaquets, Hosen, seidene und Piqué-Westen, Hamburger engl. Federsachen. Eigene Werkstatte für Maassbestellungen. Durch engl. und französische Stoffe und Tuche in großer Auswahl empfiehlt  
**A. Kunitz, Kleidermacher Neue Hochstraße 50, part.**  
 Durch Erparung der Ladenmiete billiger wie jede Konkurrenz.

**Rohtabak A. Goldschmidt,**  
 Spandauerbr. 6.

am hiesigen Plage bekanntlich 11653  
**Größte Auswahl.**  
 Garantiert scharf brennende Tabake. Streng reelle Bedienung, billigste Preise! Sämtliche im Handel befindlichen Rohtabake sind am Lager.  
**A. Goldschmidt, Spandauerbrücke 6** am Hacheisen Markt.

Empfehle mich hierdurch meinen Kollegen und Nachbarschaft als **Spezial-Expeditur**

**Georg Flörecke, Tischler**  
 Langestr. 62, Hof part. grade.  
 NB. Strassenverkauf Fruchtstr. 77, Ecke Langenstraße.

**Oderbrucher Fett-Gänse**

auch ausgenommen u. getheilt, pfundweise (viel billiger als anderes Fleisch.) Leber, Nieren und Gänselein, Gänse-pökelfleisch, à Pfd. 60 Pfg.; Gänsefchmalz, geräucherter Gänsebrüste.  
 Frische Gansen (auch gespickt), frisches Wild, pfundweise  
 sowie sämtliches Geflügel in größter Auswahl empfiehlt billigt 560  
 die Wild- und Geflügel-Handlung von **R. Sasse, Michaelkirchstr. 5.**

Empfehle mein

**Weiß- und Bairisch-Bier**  
 mit reichhaltigem Mittags- und Abendessen. Auch empfiehlt es sich als Zahlstelle für die Kassen etc. Ein Klubzimmer ist zu bestimmten Abende.  
**Bedlin, Hornstraße**

Allen Freunden und Genossen zur Nachricht, daß ich

**Wrangelstr. 82**  
 ein **Musik-Institut** eröffnet habe. Um freundliche Saneigung bittend, zeichnet ergebenst  
**Ernst Pahl.**

33  
**Sophabezüge**

Beste von 3 1/2-5 Meter Spottbreite  
**Emil Lafèvre, Oranienstr. 10**

**Möbel, Spiegel u. Polster**

Gr. Lager, bill. Preise.  
**Emil Hoyer,**  
 Brunnenstr. 28, Hof part.  
 eigen. Fabrik. Theils nach Uebernahme

**Tischler-Werkzeuge,**

beste englische und deutsche, unter Garantie fertige gangbare Gabel etc.  
**E. Vogtherr, Berlin C.**  
 Landsbergerstr. 64 (am Alexanderplatz)  
 Kl. möbl. Zimmer, Geg. Kottbuser Thor gesucht. Offerten S. Road, Rantaustr. 108, 3 Et. 557

Rübenerstr. 29 Stube u. Küche zu verm. 553  
 Maschinenformer und Kernmacher  
**Eisen gießerei** Stralauer

1 Schrift- und 1 Andruker finden sofort Beschäftigung bei Wilhelm Boehme, bergestr. 158.  
 Bildhauer-Gehilfen verlangt sofort  
 Tiburtius, Fürstenberg in Mell./Stralauer

## Parlamentsberichte.

Deutscher Reichstag.

6. Sitzung vom 31. Oktober, 12½ Uhr.

Am Tische des Bundesrats: von Voelticher, von Malhan, von Verdu du Vernois.

Die erste Beratung des Etats wird fortgesetzt. Staatssekretär v. Malhan will auf die im Laufe der Diskussion laut gewordenen Bedenken eingehen. Die erhebliche Steigerung des gegenwärtigen Etats sei keineswegs ein Verhängnis für die verbündeten Regierungen. Ihre nähere Begründung werde Aufgabe der zweiten Lesung sein. Er wolle sich daher lediglich gegen die Einwendungen aussprechen, welche gegen die Art, wie das Reich seine Einnahmen gewinnt, hier erhoben wurden. Was die vom Abg. Richter verlangte Aenderung der Zuckerbesteuerung anlangt, so erinnere er daran, daß das Reich sich an der internationalen Konvention zur Regelung dieser Frage beteiligt habe, deren Ratifikation erst im August nächsten Jahres zu erwarten sei. Daher sei der gegenwärtige Zeitpunkt zu einer einseitigen Aenderung dieser Steuer absolut ungeeignet. Auf die Vorwürfe gegen die Branntweinsteuer, die unter so erschwerenden Umständen ins Leben getreten, wolle er heute nicht näher eingehen; vielleicht werde die zweite Staatsberatung dazu Gelegenheit geben. Auch für die Aenderung dieser Steuer sei der Zeitpunkt noch nicht gekommen. Der Reichsschatzsekretär bekämpft demnach die Richter'schen Vorwürfe gegen unseren Zolltarif. Wenn Richter ihm vorgeworfen, daß er (v. Malhan) seiner Zeit als Abgeordneter sich gegen die Kornzölle ausgesprochen, so müsse er erklären, daß er sich dieser Rede nicht schäme. Allein es sei doch zu beachten, daß er damals vom Standpunkt der industriellen Küstengebiete gesprochen habe. Und wie habe er (Redner) damals weiter argumentiert und gehandelt? Kommen wir überhaupt zu einem Schutzzollsystem, so muß es auch auf die Landwirtschaft ausgedehnt werden; in diesem Sinne habe er späterhin mit seinen politischen Freunden für den neuen Zolltarif gestimmt. Nur eins habe er zuzuschreiben, nämlich seine damalige Befürchtung, daß der Schutz der nationalen Arbeit durch das neue Zollsystem unmöglich sei. Wollen die Gegner desselben wirklich behaupten, daß eine Reichs-Einkommensteuer in Verbindung mit einer Reform der Zuckersteuer genügt, um die Bedürfnisse des Reichs zu decken? Die Frage, ob Freihandel oder Schutzzoll, sei überhaupt keine Prinzipienfrage, sondern eine Frage der Zweckmäßigkeit. Sie selbst (zur Linken) wollen im Augenblicke eine Rückkehr zum Freihandel nicht und können dieselbe auch angeht die Gestaltung der Verhältnisse, der Schutzzölle in den anderen Ländern, gar nicht wollen; das wäre geradezu ein Selbstmord. So lange wir aber Schutzzölle haben, müssen wir die Kornzölle behalten zum Schutz desjenigen Standes, der uns alle ernährt. (Bravo! rechts.) Wen belastet denn dieser Zoll? Die Behauptung, daß er Reiche und Arme gleich belastet, ist falsch. Er (Redner) habe beispielsweise auf seinem Grundbesitze 70 Arbeiter zu Tisch. Daraus gehe doch klar hervor, daß er 70 Mal mehr zahle, als der Arbeiter. Der Zoll komme auch keineswegs dem großen Besitze allein zu gute. Sie werden mich daher, so lange wir Schutzzölle haben, stets unter den Gegnern ihrer Aufhebung finden. (Bravo! rechts.) Die Ueberweisungspolitik, welche hier angegriffen wurde, habe ja für die Verwaltung gewisse Unbequemlichkeiten. Allein der Reichshaushalt und der Haushalt der Einzelstaaten hängen so eng zusammen, daß nur durch den Umstand, daß die Finanzverwaltung dem Rechnung getragen, das Reich so hat gefehlet werden können, wie es heute steht. (Beifall.) Daher möge man die Matricularbeiträge ruhig in den Kauf nehmen. Durch die Zuwendungen des Reichs habe man beispielsweise in Bayern 18 Millionen zur Steuer-Erleichterung verwendet; ähnliche Erfolge seien in anderen Bundesstaaten erzielt. Das sind die tatsächlichen Erfolge unserer Finanzpolitik, und das Reich hat sich derselben wahrlich nicht zu schämen! (Beifall rechts.)

Abg. Richter: Die Zifferfrage in der französischen und deutschen Armee hat für den Reichstag ihre Bedeutung verloren, seit der Reichskanzler in der berühmten großen Rede (siehe) gesagt hat: „In der Ziffer mögen die Nachbarstaaten härter sein, aber in der Qualität können Sie es uns nicht nachmachen, denn was kein Volk in der Welt uns nachmachen kann, wir haben das Material an Offizieren und Unteroffizieren, um diese unzehner Armee zu kommandieren, und das ist die Folge der Verbreitung der Volksbildung in Deutschland, wie sie in keinem anderen Lande vorkommt.“ In derselben Rede präbante der Reichskanzler das geflügelte Wort: „Wir Deutsche fürchten Gott, sonst Niemand.“ Jetzt scheint schon das Selbstbewußtsein in diesen Worten, das damals so viel Anklang fand, bei einem Theile des Reichstages zu verschwinden (oh! rechts), so daß man jetzt sagen kann: „Wir fürchten Gott und ebenso jeden Militär.“ (Au! rechts.) Was hat sich denn seit einem Jahre an der Situation in Europa geändert, daß man meint, die Wehrkraft hänge von jeder einzelnen Staatsposition ab. Das neue französische Militärgesetz ist bereits bei der Septennatsbewilligung als Voraussetzung berücksichtigt worden. Man kann nicht dieselbe Sache zweimal in Rechnung stellen, einmal als Entwurf und einmal als publiziertes Gesetz. Wäre das Septennat nicht bewilligt, sondern nur eine dreijährige Frist, so könnten wir jetzt prüfen, ob die Voraussetzung der Septennatsbewilligung in dem französischen Militärgesetz zugetroffen habe, und wenn das nicht der Fall, ob eine Aenderung in den deutschen Verhältnissen angezeigt sei. Die, welche das neue französische Wehrgesetz als so besonders imposant darstellen für die französische Wehrkraft gegenüber der deutschen, kultigen damit unbekannt den Prinzipien der freisinnigen Partei in Militärfragen. Unser Programm darin lautet: volle Durchführung der allgemeinen Dienstpflicht bei möglichst früher Abkürzung der Dienstzeit; Festlegung der Friedenspräsenzstärke innerhalb einer jeden Legislaturperiode. Und Frankreich führt jetzt die allgemeine Dienstpflicht durch bei möglichst früher Abkürzung der Dienstzeit. Und gerade mit Rücksicht auf die Finanzen legt die Kammer alljährlich durch das Budget die Friedenspräsenzstärke fest und hat das Recht, durch Budgetbeschluß allen Mannschaften eines Jahrganges die Dienstzeit auf ein Jahr zu beschränken, so daß die Kammer durch einfachen Budgetbeschluß die Friedenspräsenzstärke auf 260 000 Mann reduzieren kann. Unsere Forderungen gehen nicht einmal so weit. Stellt man es aber so dar, als ob eine dreijährige Bewilligung Deutschland den Franzosen ausliefern und Niederlagen aussehe, so beweist gerade die Bedeutung, die man dem französischen Wehrgesetz beimisst, daß diese Darstellung völlig irrig ist. (Sehr schwach! rechts.) Beim Septennatsgesetz sagte der Kriegsminister, mit Rücksicht auf die Finanzen wolle man neben der Vermehrung der Kadres nicht auch die Vermehrung der Stäbe, und dies war auch die Voraussetzung für die Septennatsbewilligung. Jetzt, wo wir wch-

und 7 Jahre nichts ändern können, sollen auch die Stäbe vermehrt werden. Für den Kriegsfall sind ja jene Korpsstabe längst vorgelegen, man besetzte sie bisher im Mobilmachungsfall mit Offizieren, die im Frieden andere Funktionen haben, die bei der Mobilmachung wegfallen. Wenn die Stäbe jetzt schon im Frieden vermehrt werden sollen, muß man prüfen, ob die Stellen, die nur im Frieden vorhanden sind und im Kriegsfall wegfallen, noch aufrecht zu erhalten sind. Die Kommandanten, Gouverneurs, Inspektoren haben wir immer bemängelt, obwohl man sie als notwendig bezeichnete. Aber die Besetzung dieser Stellen wiegt nicht die Mehrkosten für die neuen Stäbe auf, deshalb muß man prüfen, ob nicht noch andere Stellen im Frieden in Wegfall zu bringen sind. Herr von Bennigsen meint, das Haus habe sich im vorigen Jahre zu der Erweiterung der Marine verpflichtet, Herr v. Kardorff machte bereits darauf aufmerksam, daß dies nicht der Fall sei. Zu dem Plan im Ganzen hat das Haus kein Wort abgegeben, wir haben uns nur verpflichtet, das eine Panzerschiff zu bauen, für welches wir die erste Rate bewilligt haben. Ersatzbauten, auch für Panzerschiffe, haben wir immer bewilligt, uns aber niemals dadurch für eine Vermehrung der Flotte engagiert. Es fragt sich jetzt nur, ob wir für weitere Panzerschiffe die erste Rate bewilligen sollen. Dabei fragt sich noch, ob wir die Kreuzer und Korvetten, die lediglich für die Kaperei im Kriege bestimmt sind, bewilligen wollen, und diese Frage hängt mit der Kolonialpolitik zusammen. (Sehr richtig!) Wer die Kolonialpolitik nicht will, kann sich auf die Kreuzer nicht einlassen. Dabei sind bei den bereits bewilligten Kreuzern und Loios die Kostenanschläge von damals schon um 25 pCt. überschritten wegen der höheren Material- und Eisenpreise. Bei den Panzern steigt das erst recht; es fragt sich also, ob der Anschlag von 13 Millionen für jedes dieser Schiffe richtig ist. Und wie verhält sich infolge des rauschschwachen Pulvers die artilleristische Wirkung der Flotte? Das „Militärwochenblatt“ sagt, daß die Bedeutung der Feldartillerie, welche erst im vorigen Jahre vermehrt ist, durch das neue Pulver erheblich herabgemindert sei. Der ganze neue Gründungsplan zeigt ein Verlassen des bisherigen Standpunktes. Wir haben niemals den Verdacht einer feindseligen Stellung zur Marine aufkommen lassen, wir haben die Entwicklung derselben für notwendig erklärt, als ihre Bedeutung noch von oben herab angezweifelt wurde, wir haben uns aber niemals verheißt, daß die Flotte im Rahmen unserer gesamten Wehrkraft nur eine sekundäre Rolle spielen gegenüber dem Landheer. Noch vor zwei Jahren versicherte Caprivi, daß mit 8 Millionen Mark jährlich für Schiffsbauten die Flotte auf der erforderlichen Höhe erhalten werden könne. Jetzt werden 44 Mill. für Schiffsbauten in einem Jahre verlangt. Ich habe den Eindruck, daß jetzt nicht mehr eine objektive, sachliche Abwägung der Marinebedürfnisse und der anderen Staats- und Reichsbedürfnisse möglich ist, sondern daß eine ganz einseitige subjektive Marineleibhaberei diese hohen Forderungen diktiert. Es ist charakteristisch, daß jenes neue Schiff, von dem im vorigen Jahr mit keinem Worte die Rede war, jetzt plötzlich als dringendes Bedürfnis erscheint. Charakteristisch ist die Forderung von 44 Millionen für eine neue kaiserliche Yacht, die für den Kriegsfall verhältnismäßig keinen Werth hat und wesentlich für Friedenszwecke, Flottenparaden dient. Wie offiziös verlautet, ist dieses deshalb so kostspielig, um die Herren Landoffiziere auszunehmen, damit auch sie an den Flottenparaden teilnehmen können. Wenn man glaubt, daß ein solches Brunnschiff — anders kann ich es nicht bezeichnen — nötig ist, so mag man die Mittel dafür aus der im vorigen Jahre um 3½ Millionen erhöhten Rundotatation nehmen. Dann haben wir nichts mitzureden, aber auf Kosten der Steuerzahler für weltliche Zwecke der Repräsentation können wir die finanzielle Verantwortung nicht übernehmen. Im vorigen Jahre hat man sich bei der Trennung vom Marine- Oberkommando und Marineamt auf den Wunsch Sr. Majestät des Kaisers berufen, und für einen Theil ist das bestimmend gewesen. Wir stimmen nicht dem Kaiser zu Liebe, auch nicht zum Leid, sondern nach unserer Ueberzeugung. Gerade bei dieser Frage ist unser ablehnendes Votum im vorigen Jahre gerechtfertigt worden. Auf das Engste hängt die Ausdehnung des Marine-Etats mit der Kolonialpolitik zusammen. Wie sich heute der Herr Reichskanzler dazu stellt, das wäre eine schwer zu lösende Preis-aufgabe. Hier hat er erklärt, er sei von Hause aus kein Kolonialmann gewesen, sondern habe sich in dieser Frage der Wehrheit des Hauses gefügt. Ordentlich rührend war es, sich den Herrn Reichskanzler als Sklaven der parlamentarischen Wehrheit vorzustellen. Nachher aber hat er an Herrn Fabri geschrieben, es sei zu bedauern, daß für kolonialpolitische Zwecke eine Wehrheit im Reichstag immer noch nur mit Widerstreben zu erlangen sei. Dieselbe Wehrheit, welche den Herrn Reichskanzler zur Kolonialpolitik gedrängt haben soll, soll nun ein Hemmnis für dieselbe sein, dieser Vorwurf wird der Kartellmehrheit gemacht! Welche Ansicht des Herrn Reichskanzlers ist nun die wahre? Die Abkehr von dem früheren kolonialpolitischen Programm tritt in dem vorliegenden Etat deutlich zu Tage, jetzt wird die kolonialbureaucratie, von der der Herr Reichskanzler nichts wissen wollte, geschaffen, die militärische Nachstellung wird erhöht, ja wir haben jetzt schon gewissermaßen einen Militär-Etat für Süd-West-Afrika. Freilich hat jetzt die kolonialpolitische Interesse eingebüßt, auch im Reichstage ist sie bis jetzt kaum gestreift worden. Was wird das Ende von all dieser kolonialpolitischen sein? Auch die Franzosen haben seit 1882 für Tongking viel Geld verbraucht und sind doch unglücklich gewesen. In Ostafrika ist, was durch Handelsbeziehungen und Missionäre an Kultur geschaffen, auf ein Menschenalter zerstört. Die Herren von der Ostafrikanischen Gesellschaft sitzen in Sansibar und erheben Zölle ohne jede Berechtigung und tragen dabei nicht einmal ihre Haut zu Markte, was doch die Ritter im Mittelalter thaten, wenn sie von ihren Burgen herabstiegen. Ich verdanke es dem Herrn Reichskanzler nicht, daß er die volle Verantwortlichkeit auf diesem Gebiete nicht übernehmen möchte, doch wäre gerade hier eine enge Verbindung mit dem auswärtigen Amt zu wünschen. Herr von Bennigsen hat eine andere Zentralisation in der obersten Reichs-Verwaltung gewünscht durch Kreierung eines verantwortlichen Reichsfinanzministers. Das erinnert an das frühere Programm der Nationalliberalen. Als es sich in den Jahren 1877-78 darum handelte, ob die Nationalliberalen die Finanzpolitik des Herrn Reichskanzlers weiter unterstützen wollten, da stellte Herr von Bennigsen seine Bedingungen, auf welche ihm vom Herrn Reichskanzler keine Antwort zu Theil wurde. Später sagte der Herr Reichskanzler hier, die Nationalliberalen hätten früher aus der Schüssel mitessen wollen, weshalb keine Verständigung möglich gewesen wäre. Es folgte die Auflösung des Reichstages nach den Attentaten; jetzt wird in der Regierungsprelle verkündigt, dieselbe sei ein Schachzug gegen die Nationalliberalen gewesen. Im neuen Reichstage nun ließen die Nationalliberalen die eine ihrer Bedingungen nach der anderen fallen, bis 1884 die seltige Rechtschwendung erfolgte.

Jetzt sind in den Herren die alten Erinnerungen an jene Zeit, wo sie aus der Schüssel essen wollten, wieder wach geworden, und Herr von Bennigsen fordert einen Reichsfinanzminister. Was wird dazu der Herr Reichskanzler sagen? Als wir im Jahre 1884 die Union abschlossen, nahmen wir in unser Programm die Forderung eines verantwortlichen Reichsfinanzministers auf. Da ließ der Herr Reichskanzler am 5. April den ganzen Bundesrat antreten und eine Erklärung abgeben, worin in dieser Forderung ein Ueberschreiten der Bedürfnisgrenze, ein Unterstellen der Regierungen unter den Reichstag gesehen, die Etablierung eines zum Untergange führenden Wahlrechts gefunden wurde. Was wird der Herr Reichskanzler jetzt thun? Vielleicht kommt er bald hierher und wird dann auch Herrn von Bennigsen und die Nationalliberalen für Reichsfeinde erklären. (Geheuer!) Möglich, daß Herr von Bennigsen seiner Rede bloß einige Schönwörter geben wollte, um schließlich zu einer Glorifikation der Politik des Reichskanzlers überzugehen. War aber sein Vorschlag ernst gemeint, so sind wir sehr gern bereit, Herrn von Bennigsen in seinem Bestreben, unser Programm auszuführen, zu unterstützen. Ebenso verhält es sich mit der schroffen Abgabe des Herrn v. Bennigsen in Betreff der Ueberweisungen. Ich theile vollkommen diesen Standpunkt und bedauere nur, daß Herr v. Bennigsen ihn so spät einnimmt. Die Klausel Franzosen ist damals zu Stande gekommen, als Herr von Bennigsen die Salzsteuer und den Kaffeegoll von jährlicher Bewilligung des Reichstages abhängig machen wollte. In einem Montage sollte der Reichskanzler in der Budgetkommission seine Zustimmung zu dieser Finanzpolitik aussprechen lassen, aber am Tage zuvor setzte er sich mit den Herren Windthorst und Franckenstein in Verbindung. Wenn Herr v. Bennigsen nun gewillt ist, zur alten Liebe, zu der jährlichen Steuerbewilligung zurückzuführen, so soll uns dies willkommen sein. Ihm ist bei der finanzpolitischen Situation nicht geueuer und deshalb sucht er Mithildigkeit, und zwar in uns, die wir die neuen Ausgaben mitbewilligt haben sollen. Das ist aber das Charakteristische, daß immer neue Steuern den Ausgabeerhöhungen vorangegangen sind und daß wir uns den Konsequenzen daraus nicht entziehen. So hat sich z. B. die Naturalverpflegung im Militäretat um 14 Millionen erhöht und zwar infolge der Kornzölle, und wir können doch nun die Mehrausgabe nicht ablehnen. Wenn einmal eine neue Steuer da ist, haben wir da nicht ein Interesse, ihre Erträge für die Nähe des Militäretats durch Ueberweisungen zu bringen? Sollen wir uns etwa sträuben, für die Schulen etwas zu thun, wenn die Mittel da sind? (Sehr richtig! links.) Was nun den Versuch des Herrn v. Bennigsen anbelangt, aus der Verwaltung der Stadt Berlin Kapital gegen uns zu schlagen, so bemerke ich ihm, daß er wissen muß, daß wir als freisinnige Fraktion nicht in der Berliner Stadtverwaltung souverän sind. (Oh! rechts.) Herr von Bennigsen weiß auch, daß jene von ihm gestern ausgegriffenen indirekten Steuern, zu denen er merkwürdiger Weise auch Gas- und Wasserabgaben rechnet, durch Spezialgesetze festgelegt sind, deren Aufhebung von zuständiger Stelle verweigert wird. Aber ich nehme den Vergleich auf. Herr von Bennigsen hat anerkannt, daß Berlin die erweiterten kommunalen Verpflichtungen erfüllt in weitestem Maße, aber Berlin hat dies zu Stande gebracht mit denselben Steuern, die es vor zehn Jahren hatte. Deshalb steht auch diese Stadtverwaltung viel höher als jeder Finanzminister und Reichsschatzsekretär, welche nichts verstanden haben, als die Steuern zu vermehren. Der Etat ist jetzt noch künstlicher, als früher, und wenn Herr von Bennigsen nach einem Reichsfinanzminister ruft, so kann er ja, als Vorsitzender der Budgetkommission, die Funktionen eines solchen Reichsfinanzministers am besten selbst übernehmen, so lange wir einen solchen noch nicht haben. Ich würde vor Allem die Einnahmen des Etats nach der wirklichen Höhe bemessen; denn man hat insonderheit die Ueberweisungen von Zöllen an die Einzelstaaten künstlich niedrig gehalten. Man will den Einzelstaaten 24 Millionen weniger zuwenden, obwohl die Einnahmen an Zöllen im laufenden Jahre die Annahmen übertroffen haben. Auch gewisse Steuerreformen halte ich recht wohl schon jetzt für durchführbar, so meine ich, daß wir die Zuckersteuer reformieren könnten, ohne die Resultate der Londoner Zuckerkonferenz abzuwarten (Hört, hört! rechts), die Einwände dagegen sind nur dilatorische. Die Aufhebung der Zuckerprämien ist im eigenen deutschen Interesse geboten, auch ein großer Theil der Zuckerinteressenten selbst wäre damit einverstanden; die Verstärkung des Konsums würde schnell einen Ausgleich herbeiführen. Ferner könnte die „Liebesgabe“ von 40 Millionen bei der Branntweinsteuer aufgehoben werden, die lediglich den Werth einiger Güter erhöht. Wenn man mit dieser Subventionspolitik brechen wollte, so wären sofort Millionen für eine Finanzreform verfügbar. Die gegenwärtige Aenderung kann doch niemand abstreiten. Wenn dieselbe auch früher vorhanden war, so war sie die natürliche Konsequenz schlechter Ernten, jetzt ist sie die künstliche Folge unserer Steuerpolitik. Herr von Bennigsen hat die Verantwortlichkeit für die Getreidezölle abgelehnt, aber er hat doch für den ersten, allerdings niedrigen Getreidezoll, der der Anfang aller agrarischen Zölle war, gestimmt, also hat er auch die Verantwortung für die jetzige Höhe der Getreidezölle. Und was Sie (zu den Nationalliberalen) nicht hier für die Agrarier thun, das thun Sie draußen bei den Wahlen; das ist ja der Sinn des Kartells. Für eine Revision des Zollsystems wäre gerade jetzt der geeignete Zeitpunkt. Die Industrie hat sich belebt, die Preise steigen, dagegen geht der Ausfuhrhandel zurück. Was nun die allgemeinen Betrachtungen des Herrn von Bennigsen über die in Deutschland herrschende Zufriedenheit betrifft, so erscheint es sonderbar, daß derselbe sich vor Allem auf die Deutschen im Auslande berufen hat, welche freilich von dem Ansehen, welches Deutschland jetzt genießt, ihren Vortheil haben, zu den Lasten aber wenig oder nichts beitragen. Daß eine kleine Minderheit in Deutschland zufrieden ist, ist zuzugeben, die große Masse ist es nicht. Freilich sind wir freisinnigen in unseren Hoffnungen getäuscht worden, aber diese Hoffnungen waren früher auch die des Herrn von Bennigsen. Die politische Freiheit haben wir bis jetzt nicht zu erringen vermocht, die wirtschaftlichen Freiheiten sucht man zu beschneiden. Nach Gründung des Reichs hielt man die Gleichberechtigung der Konfessionen für selbstverständlich, jetzt besteht diese theoretisch freilich auch noch, in der Praxis aber sind die Juden von manchen Stellen noch immer ausgeschlossen. Einen Standesunterschied konnte man früher nicht, jetzt sind Aeußerungen laut geworden, welche die Bräutereien eines gewissen Standes nur stärken können. Die Reform der Landgemeinden, wie der Städte-Ordnung steht noch immer aus, in der Schule hoffen wir auf ein Unterrichtsgesetz, doch ist bis jetzt nur wenig dafür geschehen, ebenso wenig haben sich die Hoffnungen, die auf die Kulturkampfsgelehrung — ich will davon nicht weiter sprechen — auf das neue Synodalgesetz gesetzt wurden, erfüllt. Herr von Kardorff sprach von Zuständen in Ruß u. L. Statt den Splitter in Ruß zu

sehen, sollte er lieber den Balken im Königreich Preußen beachten. (Beifall links.) An Projekten wegen Mojekitäts- und Bismarck-Beleidigungen haben wir keinen Mangel, die politischen Tendenzprojekte vom vorigen Jahre sind noch in aller Erinnerung. In der Presse sind etwa drei Viertel der Blätter der Regierung botmäßig und die Zustände sind derart, daß selbst der Chef des Generalstabes nicht sicher vor Beleidigungen ist. Wie aber steht es mit der Gleichberechtigung der Parteien? Die Zugehörigkeit zur freisinnigen Partei ist ein Hemmschuh für die dem Offiziersstande Angehörigen, hindert in der richterlichen Karriere an Erreichung der höheren Stellen. Herrn v. Puttkamer sind wir los, aber das System hat sich wenig geändert, noch immer werden die Wahlen als Machtprobe angesehen, wie weit der Einfluß der Regierung reicht. Herr von Kardorff war darüber entrüstet, daß in Neuß a. L. in einer Formel der Name des Kaisers nicht gestattet wird. Das ist gewiß nicht schön, aber schlimmer ist es, wenn der Name des Kaisers in Dinge hineingezogen wird, in der er nicht gehört, wenn die Standarte des Kaisers in den politischen Parteikampf getragen wird, sei es von einer einzelnen oder von einer Vereinigung von Parteien, wie die Kartellparteien. Enttäuscht sind wir in unseren Hoffnungen, so, aber nicht erbittert (Lachen rechts); wären wir das, so hätten wir uns hinter die Front zurückgezogen, wie es Herr von Bennigsen schon gethan hat, wie es nach Zeitungsberichten Herr Miquel thun will, wir aber bleiben vor der Front. Schwer allerdings sind die Sorgen um die Gestaltung der Zukunft. Die Ära der neueren Politik begann mit einem Appell an die Sonderinteressen, Versprechungen wurden nach allen Seiten gemacht, Versprechungen auch an die Arbeiter, die neuere Sozialpolitik ist die Nährmutter der Sozialdemokratie. Die falsche Behandlung dieser durch den Herrn Reichskanzler hat sie zumeist großgezogen. Einst wird die Zeit kommen, wo die Wechsell, welche jetzt auf Hilfe des Staats ausgegeben worden sind, werden eingelöst werden sollen. Wer sind nun die kommenden Männer, die dies werden thun können? Ich sehe immer neue Gefahren für das Reich, Herr v. Bennigsen sieht sie nicht, er folgt dem Herrn Reichskanzler ohne Bedenken, und wenn einst etwas zur Entschuldigung des Herrn Reichskanzlers wird gesagt werden können, so wird es das sein, daß ein Mann von der hohen Begabung des Herrn v. Bennigsen ihn auf seinen Irrwegen in der Politik mit zunehmender Schmiegsamkeit dauernd fortunterstützt hat. (Beifall links.)

Staatssekretär Dr. v. Postdamer: Die Rede Richters habe für den Etat keine besondere Ausbeute geliefert, vielmehr haben die lebhaften Angriffe auf v. Bennigsen nur den Wählern klar machen sollen, daß es doch eigentlich bitter sei, bei den nächsten Wahlen freisinnig zu wählen, als nationalliberal. Er begreife wirklich nicht, daß Richter einem Gemeinwesen, das nach dessen Ansicht so brutal und unethisch geleitet werde, nicht längst den Rücken gekehrt habe. (Sehr gut!) Nach außen werde Richters Rede gar keinen Eindruck machen; dazu sei sie viel zu lang gewesen (Weiterkeit), und der arbeitssame Deutsche liebe solche langen Reden nicht. Er hätte daher besser gethan, das, was er will, kurz zu formulieren. Der Minister tritt alsdann der Behauptung des Vorredners entgegen, daß unsere wirtschaftliche Lage eine ungünstige sei, als welche die oppositionelle Presse sie darzustellen sich bemühe. Auf das Schweine-Einfuhrverbot näher eingehend, betont der Minister, daß diese Maßregel in ihren Konsequenzen viel erwogen worden, aber als notwendig erkannt worden sei, um dem Eindringen der Maul- und Klauenseuche Einhalt zu thun, welche im Osten drohte, die heimische Viehzucht auf's schwerste schädigte und uns die englischen Häfen versperrte. Die Fleischpreise seien auch im Auslande in die Höhe gegangen. Die Regierung sei bestrebt gewesen, zum Ersatz neue Quellen im Inlande zu erschließen in Gestalt von Tarif-Ermäßigungen, neuen Märkten und dergleichen. Der Minister weist an der Hand ziffermäßiger Materialien die gegnerischen Behauptungen über die Gehaltung der Getreidepreise zurück und betont, daß auch die Lohnverhältnisse befriedigend seien. Das Fleisch sei nie zu erreichen, daß der Arbeiter ebenso gestellt werde, als der Besitzende. Jedenfalls werde die Regierung sich durch die Richterschen Angriffe nicht abhalten lassen, auch ferner, wie bisher, für das Wohl des Vaterlandes zu sorgen. (Beifall.)

Herr v. Bennigsen: Der Abg. Richter hat sich mehr mit meiner politischen Stellung in Vergangenheit, Gegenwart und Zukunft und mit meinen geistigen und Charaktereigenschaften beschäftigt als mit dem Etat. Das Urtheil war nicht freundlich, daß es aber im Reichstag einen so ungünstigen Eindruck machen wird, wie der Abgeordnete Richter geglaubt und wahrscheinlich auch beabsichtigt hat, nehme ich nicht an. (Sehr richtig!) Dazu habe ich von den übrigen Mitgliedern des Reichstages doch eine bessere Meinung. Auf mich selbst hat die Rede des Abgeordneten Richter einen tiefen und schmerzlichen Eindruck nicht gemacht, und ich empfinde eigentlich kein Bedürfnis, Herrn Richter zu antworten, wenn mich nicht die Achtung vor dem hohen Hause dazu bewege. Meinen Ausführungen über eine andere Anordnung der Reichs-Finanzverwaltung hat Herr Richter einen wesentlich persönlichen Charakter gegeben, obwohl so wichtige Fragen doch rein sachlich und nicht vom persönlichen Standpunkte zu betrachten sind. Von den Verhandlungen, die ich hierüber mit dem Reichskanzler früher gehalten habe, weiß der Abg. Richter offenbar mehr als ich selbst. (Weiterkeit.) Bezüglich der Getreidezölle bemerke ich, daß so wichtige Fragen, wie den Niedergang der Landwirtschaft durch die Konkurrenz der billiger produzierenden Länder infolge der Verbesserung der Transportmittel nicht so leicht behandelt werden können, wie der Abg. Richter es über sich bringt. Nicht nur Deutschland, sondern ganz Europa leidet unter dieser Konkurrenz, und da muß jeder ernsthafte Politiker nach Abhilfe suchen. Mit der Mehrzahl meiner Freunde meine ich, daß die Form der Schutzzölle für die Landwirtschaft nicht die beste Art der Abhilfe sei, da dadurch auch andere Interessen leicht geschädigt werden können. Als die Frage den Reichstag zum ersten Mal beschäftigte, habe ich denselben Standpunkt vertreten, wie die ganze Zeit nachher bis heute. Ich möchte keine Verdunkelungen zulassen. Ich habe damals ausgeführt, daß die niedrige Abgabe, die der Zolltarifentwurf vorschlug, eigentlich nur eine statistische Gebühr sei, wie sie ähnlich in England 20 bis 25 Jahre nach der Abschaffung der Kornzölle auch bestanden hat, trotzdem damals die Aufhebung der Zölle in England eine so große Aufregung hervorgerufen und die Aufmerksamkeit auf diesen Punkt namentlich hingelenkt hat. Diese Meinung vertritt ich auch heute noch. Für den Zolltarif habe ich damals nicht gestimmt. Was nun die Deckung der Ausgaben im Reiche betrifft, so ist bei den Mehrbedürfnissen von 270 Millionen, die wir seit zwölf Jahren haben, oder wenn man die 90 Millionen Materialbeiträge abzieht, von 180 Millionen, nicht daran zu denken, die Mehrbeträge durch eine Reichseinkommensteuer und Abschaffung der Zuckerpatrien zu decken, denn das ergab nur etwa vierzig Millionen. Damit glaubt der Abg. Richter seine Schuldigkeit gegen die unerschöpflichen Bedürfnisse des Reiches gethan zu haben. Und im Augenblick, als der Abg. Richter diese Summe anbot, fanden sie gar nicht zur Verfügung. Die Aufhebung der Zuckerpatrien konnten nicht einmal seine Freunde damals vertreten. Für diese Maßnahmen bedarf es jahrelanger Vorbereitungen im Reiche und in den Einzelstaaten. Das ist der ganze Versuch der Fortschrittspartei, den Bedürfnissen des Reiches gerecht zu werden. Ich verstehe es, daß eine Oppositionspartei sich einer solchen Verpflichtung nach Möglichkeit zu entziehen sucht. Wenn man die indirekten Steuern im Reiche und in Preußen als völlig ungerecht hinstellt, so vermag doch selbst die Stadtverwaltung von Berlin ohne indirekte Steuern nicht auszukommen. Der Abg. Richter sagt, mit Gas und Wasser sei es dasselbe,

wie mit den Ueberflüssen aus Post- und Eisenbahnverwaltung. Datum handelte es sich ja gar nicht, sondern nur um die Frage, ob direkte oder indirekte Steuern. Im Großen und Ganzen läßt sich der Unterschied dieser so bestimmen: Die direkten Steuern werden auf die Einnahmen gelegt und die indirekten auf die Ausgaben. Auf die Einnahmen in Berlin sind ungefähr 20 Millionen durch die Haus- und Einkommensteuer gelegt. Ebenso viel etwa fällt auf die Ausgaben in der Form der Ueberflüsse der königlichen Verwaltung an Gas und Wasser, und endlich bei dem wichtigsten und theuersten Bedürfnis, bei dem Wohnungsbedürfnis, in der Form der Miethsteuer gelegt. Die Miethsteuer ist einfach eine indirekte Steuer. (Lachen links, Zwischenruf des Abg. Meyer.) Der Abg. Meyer belehrt mich eben eines Besseren: diese Steuer werde als eine direkte Steuer im Ministerium in der Abtheilung für direkte Steuern geführt. Damit ist also die Sache entschieden. (Große Heiterkeit.) Die Miethsteuer ist auf das Wohnungsbedürfnis gelegt, also nicht die Einnahme aus dem Hause, sondern das Bedürfnis, Unterkommen zu finden, wird bezeugt. (Sehr richtig!) Berlin hat also auch nicht lediglich direkte Steuern. (Abg. Richter: Wer will denn das?) Nun, dann streiten wir uns in einer Weise, daß wir uns nicht verstehen. Sie werfen uns vor, daß wir die indirekten Steuern härter herangezogen haben für die Bedürfnisse des Reiches. (Abg. Barth: Nothwendige Lebensbedürfnisse!) Gehört die Wohnung denn nicht zu den nothwendigen Lebensbedürfnissen? (Zustimmung.) Der Abg. Richter entwirft dann von unseren Zuständen ein Bild, wie wir es selbst in radikalen Blättern seit Jahr und Tag nicht gelesen haben. Wenn die Zustände thatsächlich so wären, würde nicht nur nicht der Abg. Richter, sondern überhaupt kein Mensch darin aushalten. Wir müßten Alle unser Bündel packen und nach einem anderen mit den gewöhnlichen Freiheiten ausgestatteten Kulturstaate überfließen. Radikale Parteien stellen in allen Ländern die Zustände als verkehrt und schlecht dar, so lange sie nicht die Fäden in der Hand haben. Weil sie unzufrieden sind, bilden sie sich ein, alle anderen müßten es auch sein. Von der Verkommenheit aller unserer Zustände hat Herr Richter ein Bild entworfen, von dem man sich mit Schauern abwenden. Die Gesetzgebung hat seit 1867 Alles, was in allen großen europäischen Ländern das Ergebnis von Wissenschaft und Erfahrung gewesen ist, also das gesammte Ergebnis der abendländischen Kultur, niedergelegt, so daß man sie vielfach mit liberal bezeichnet hat. Gerade deshalb ist diese Gesetzgebung später vielfachen Angriffen von konservativer Seite und vom Zentrum ausgesetzt gewesen, weil sie in der Niederlegung der gesammten europäischen Entwicklung zu weit gegangen wäre. Der Abg. Richter vermischt noch immer die Landgemeinde- und die Städteordnung in Preußen. Allerdings ist die Landgemeindeordnung sehr wünschenswert, ebenso wie eine Reform der Städteordnung, Herr Richter vergißt aber die außerordentlichen Schwierigkeiten, die damit verknüpft sind. Es widerspricht einem, diese Dinge weiter zu führen. Wenn es der unzufriedene radikale Führer der freisinnigen Partei für geboten hält, solche Ausführungen zu machen, so muß der Reichstag sich das gefallen lassen, und ich als Führer der Nachbarteil — zur Zeit der größeren unter den beiden liberalen Parteien (Rufe links: Auch radikal!), nein, liberal, sie stehen noch weiter links, über das Wort wollen wir nicht streiten — ich als Führer dieser größeren gemäßigt liberalen Partei (Rufe: sehr!) muß es mir gefallen lassen, daß der Führer der fortgeschrittenen mehr links stehenden Partei mich persönlich für alle diese Dinge verantwortlich macht. Herr Richter sagt, ich wäre dem Reichskanzler mit der Zeit immer willfähriger, er brauchte den geschmackvollen Ausdruck, immer geschmeidiger geworden. Ich beneide den Abg. Richter um die Geschicklichkeit in der Wahl der noch seiner Meinung mich verlebenden Worte. Sie lassen mich sehr faul. Ich verzichte darauf, auf solche Angriffe einzugehen. Wenn aber Herr Richter immer wieder von der Unzufriedenheit des Volkes spricht, so möchte ich ihn bitten, doch einmal auch andere Städte wie Berlin, Dörfgemeinden und Kommunen zu besuchen. Ein großer Theil unserer Landschaften ist gar nicht wieder zu erkennen, wenn man den jetzigen Zustand mit dem vor 20 Jahren vergleicht. Das größte Fortschreiten überall, nicht bloß in dem äußeren Anblick der öffentlichen und Privatgebäude, sondern auch in der Lebenshaltung auch der unteren Schichten. Und wenn angeführt dieser Zustände in Deutschland Herr Richter als Unzufriedener von Beruf bei der Behauptung bleibt, so muß er so lange warten, bis ihm einmal Gelegenheit gegeben wird, die bessere Hand an solche Zustände zu legen. (Lebhafter Beifall bei den Nationalliberalen und rechts.)

Herr Richter: Diese Rede beweist, daß mein früher von mir so hochverehrter Freund zur Zeit sich in einer sehr starken Erregung befindet. Er würde sonst nicht von Unzufriedenen von Beruf und Radikalen gesprochen haben. Diesen Ton hat bisher das Reichskanzler angeschlagen; von einem Manne, der diesen Ton so oft mit beredten Worten verurtheilt hat, hätte ich es nicht erwartet. Wo find denn unsere radikalen Forderungen? Herr v. Bennigsen scheint ganz die Zeit vergessen zu haben, wo er Schulter an Schulter mit mir für die freisinnigen Forderungen eintrat. Soll ich ihm das nationalliberale Programm von 1867 vorlegen, das noch herausgeht über das, was er jetzt radikal nennt? Soll ich ihm die Flugblätter und Druckschriften zeigen, die wir gemeinsam bis 1880 verfaßt und verbreitet haben! Er ist von Position zu Position zurückgewichen von den liberalen Ideen, die er mit uns ausrief hat. Ich bedauere es lebhaft, daß ich auf die Sache eingehen muß. Eine Empfindlichkeit haben wir Gott sei Dank noch behalten und werden sie auch bis zum letzten Athemzuge behalten, nämlich über die Art und Weise, wie nach dem Sozialistengesetz eine Million deutscher Wähler behandelt wird. In dieser Beziehung ist Herr v. Bennigsen nicht der Alte. Das Sozialistengesetz ist unter dem Eindruck einer hochgradigen Erregung über das Attentat gegen unseren hochverehrten Kaiser Wilhelm entstanden, unter diesem Eindruck habe auch ich für das Gesetz votirt. Herr v. Bennigsen war tüchtler, er verwies auf ähnliche Vorgänge und auf die etwaigen bedenklichen politischen Folgen eines solchen Schrittes. Jetzt wirft er mir Pessimismus vor? Nein, Herr v. Bennigsen ist ein Anderer geworden, er empfindet das nicht mehr, was er damals empfand. Seine heutige Rede ist nur das Vorbild von dem, was wir bei den nächsten Wahlen zu erwarten haben. Herr v. Bennigsen hat uns vorgeworfen, daß wir für die Deckung der Mehrbedürfnisse nicht geforgt haben. Wie kann er die Minoritätverantwortlich machen für die Deckung von Bedürfnissen, bei deren sie zum Theil gar nicht mitgewillt hat? Herr v. Bennigsen scheint mit seinem Gedächtnis etwas in die Brücke gegangen zu sein. Wie steht es denn mit ihm selbst. Bewilligte er 1879 die große Forderung von 180 Millionen? Nein! Bewilligte er die zweite Position mit den Radikalen im Jahre 1885? Nein! Also die Hauptgeschichte hat Herr v. Bennigsen gerade so gemacht wie wir. (Zustimmung links.) Man hat weit über das Bedürfnis hinaus damals Steuern bewilligt, und nun will uns Herr v. Bennigsen Vorwürfe machen, daß wir das Geld nicht bewilligt haben, das erst nach 10 Jahren für bestimmte Zwecke verausgabt werden kann. Herr v. Bennigsen sprach von Getreidezölle. Die amtlichen Tabellen ergeben, daß in den letzten 27 Jahren der Durchschnittspreis nur in 16 Jahren niedriger war als jetzt. Die Vertheuerung der nothwendigen Lebensmittel illustriert am besten die Thatsache, daß nach dem Bericht des Armen- und Siedensbarbes in Darzig in einem Jahre 10 000 M. mehr für Lebensmittel verausgabt worden sind. Wäre ich wirklich ein solcher Pessimist, wie Herr v. Bennigsen mir vorwirft, dann würde ich mich längst auf meine Länder zurückgezogen haben. Die Ausführungen des Herrn v. Bennigsen sind in der Presse so geäußert worden, als habe er mir persönlich eine Enttäuschung über meine politische Karriere

vorgeworfen. (Widerspruch.) Ich kann in dieser Beziehung Herrn v. Bennigsen zum Zeugen anrufen, daß ich wohl immer den Dank gehabt habe, ihn einmal im Ministerium zu sehen, niemals aber ihm in irgend einer amtlichen Stellung zu begegnen und daß ich mir den erwünschtesten Platz stets in der Vertretung gesucht habe. Eine Frage hat Herr v. Bennigsen trotz meiner Bitte unbeantwortet gelassen, nämlich über Verschwörungs-Geschichte Ricker-Stoß gegen den Reichskanzler. Ich kann nur wiederholen, daß es eine Frage aus der Luft gegriffene Erfindung ist, von der Herr v. Bennigsen weiß, daß sie aus der Luft gegriffen ist. Herr der Pessimismus erhält mich und meine Freunde auf ungenügenden Posten aufrecht und löst uns an der Erriingung und Haltung der freisinnigen Erregenschaften nicht verurtheilt. (Beifall links.)

Die Diskussion wird geschlossen. Abg. Meyer (Dalle) persönlich: Der Abg. v. Bennigsen behauptete, daß die Miethsteuer unfruchtbar sei. Ich möchte ihm durch einen Zwischenruf klar machen, daß von seinen Amtskollegen die Miethsteuer als eine direkte Steuer aufgeföhrt wurde und damit der sachlichen Behauptung gegenüber Zweifel anregen. Herr Bennigsen wendete das sofort dahin, als ob ich mich Zweifel schlichten wollte. Nein! Fragen von so wichtiger Art kann nur ein so hervorragender Mann wie er, mit ein paar kurzen Handbewegungen erledigen. Ich würde mir das nicht leisten.

Abg. v. Bennigsen: Ich erkläre dem Abg. Richter, daß mir von Verschwörern liberaler Führer, auch des Reichskanzlers nichts bekannt ist. Meine Schlussbemerkungen über enttäuschte Hoffnungen waren nicht persönlich, sondern sachlich aufzufassen. Herr Richter wird am wenigsten behaupten, daß es eine Zeit gegeben hat — sie liegt nicht weit von uns — wo er und seine Freunde politische Hoffnungen eine Umgestaltung unserer Angelegenheiten in die Hand geknüpft haben, die gescheitert sind. Darauf hinweise ich vollständig berechtigt und darin liegt nicht ein legendes und soll nichts Verlegendes liegen. Von der Regierung weiß ich mich frei. Wenn aber der Abgeordnete sich verletzt geföhlt hat wegen der geäußerten Hoffnungen, so möchte ich darauf hinweisen, daß ich zu tausenden lautstarken Malen in der Presse, die Herr Richter vorliest (Zurufe links: Welche?), in der freisinnigen Presse Jahren als der ewige Ministerkandidat bezeichnet worden, der niemals sein Ziel erreicht und dessen ganze Handlungen von dem Hinblick auf dieses Ziel geleitet worden seien. (Zustimmung rechts und bei den Nationalliberalen.) Ich halte also gewiß Grund, mich verletzt zu fühlen.

Abg. Richter: Ich bedauere, daß ich dem Herrn v. Bennigsen, auszuwandern, nicht Folge geben würde, es für sehr wenig patriotisch halten, jetzt dem Lande den Rücken zu kehren, wo noch so viel politische Vorliege. Nein, ich bleibe im Lande und opponire ihm. (Weiterkeit links.)

Einen von allen (?) Fraktionen unterstützten Antrag wird der größte Theil des Etats in die Budgetkommission verlegt, ebenso das Anleihengesetz und die Novelle zum Reichsgesetz. Ohne Debatte verweist das Haus die Ueberreste der Reichs-Einnahmen und -Ausgaben für 1888/89 und die meinen Rechnungen für 1884/85 und 1885/86 an die Budgetkommission. Schluß nach 4 Uhr. Nächste Sitzung Montag (Rechnungsberichte über die Ausführung des Sozialistengesetz; Sozialistengesetz).

## Lokales.

Die Lokalkommission theilt mit, daß die Bären-Brauerei in Charlottenburg und der Gaßmann-Abdallstraße 21, ihre Lokale zu allen Versammlungen geben.

Von der Brauerei Julius Bölow erhalten wir oendes Schreiben: Berlin, den 30. Oktober 1888. Bezug nehmend auf die heute mit Ihnen erhaltene Antwort erwidere Ihnen nochmals, daß weder von meiner Seite noch von meinem Oekonom Herrn Anton jemals mehr eine Verweigerung ist. Ich erkläre hiermit, daß mein Saal, selbst wenn derselbe nicht anderweitig vergeben ist, jedermann Verfügung steht. Jedensfalls wäre es aber richtig, wenn sich die Betreffenden, ehe sie die Resolution einbringen, erst an meine Brauerei oder an mich gewandt hätten. Bei Herrn Anton sollen vor ungefähr 14 Tagen Herren gewesen sein, welche zu einem Sonntag den Saal stellen wollten. Da aber jeden Sonntag öffentliches Verkehren ist, so hat Herr Anton den Saal für vier Tage in der Woche an welchen er noch frei war, offerirt; dies ist nach den Recherchen der einige mir bekannte Fall. Hochachtungsvoll J. A. Julius Bölow: Bräuer.

Schluss beschleunigter Beförderung und Stellung der Ortsbriefe in Berlin wird vom 1. dieses Jahres ab an den Wochentagen in der Zeit von 10 Uhr Vormittags bis 7 Uhr Abends ein bestimmtes Straßen-Postdienst in der Reichshauptstadt eingerichtet werden. Die Einführung dieses Dienstes in die verschiedenen Betriebseinrichtungen von Berlin hat den Zweck, die Beförderung der Briefe durch die Straßen der Stadt zu erleichtern, sowie zur sonstigen Beförderung der Briefe in vielen Fällen aber mehr beizutragen. Für die Posten sind besondere Wagen erbaut, welche mit Posten versehen und im Innern mit Stempelvorrichtungen versehen, Paktischen ausgerüstet sind. Der Dienst der Straßenposten wird durch besonders für den Straßenpostdienst geschulte Beamte wahrgenommen, welche während der Fahrt die aus den Straßen-Postkästen gesammelten, sowie die durch die Wagen-Postkasten gesammelten Briefe bearbeiten und ohne Aufhebens den Bestell-Postanstalten zuföhren. Der Gang der Posten ist so geregelt, daß sie stündlich, etwa 10 Minuten jeder vollen Stunde auf 11, strahlenförmig von der Grenze zum Stadtpostamt, Berlin C., föhrenden Punkten weiter fahren, dabei die Briefe austauschen, als bald der die Rückfahrt antreten und etwa eine Stunde nach der Fahrt bei ihren Ausgangspunkten wieder eintreffen. Die Richtung des Ganges der Straßenposten ist an dem äußerlich oberhalb des Briefkastens kenntlich gemacht. Durch den Wagen angebrachten Briefkasten ist dem Publikum für den schleunigen Fall des Mittel geboten, den Straßenposten zum Abgange oder noch während der Fahrt Briefe zur Beförderung zu übergeben. Ein Straßenpostdienst wird jetzt an seinem anderen Orte des In- und Auslandes unserer Stadt wird daher mit dieser Einrichtung der Postdienst gemacht.

Der Rößel, diese den meisten Berlinern wohl bekannte Gasse, wird von der Umgestaltung der Straßen der Nachbarschaft des Mühlendammes wohl auch nicht mehr unberührt bleiben können. Der Rößel, welcher der Seite des ehemaligen Kriminalgerichts am Mühlendamm hinzieht, ist eine der allerhöchsten und selbst am Mühlendamm. Auch Fiddin hat diese Gasse, wie in der kleinen Burgstraße, zur Entfrachtung der Waaren dient. Schon vor Jahrhunderten befand sich dort eine

stube, welche die älteste hat. Zu einem Ra ausgehöht geschöhen als Fahrten tieren zur wohnen. In dieser Gasse die rechts Gebäude in Soree. In wiffenmach nach und graben im wurde, an jene Gasse. Das Fiddin Rammar müssen Gasse der bei dem u Johann u Lehre trat tute fleißig dort zu ei streibe er Universitäts opler gebr denn eines 1704 stellt rote Borg stellen. J. Vorsehann auch der 37. Lebens Das von den welche in errichtet u stimmung erfolgt, aus gang aus Die Verfa von dem wesen nach Arzte vor. Letzte die Beförderung sich außer lange zu geldes erf eigener W diesen An lichen An Gericht di verbindlich nicht beo das Veru aufgehoben gelbes an gründen u fegedern einem Arz habe. Viel den Ansp Arzte besch Beförderung wachen. Die Sonntag, Geschloße Kandidat einen Vor wie wir h bad, Herr Geschloße Wirth zum Versammel Lokal u verweigert ist. Die T an Amtsvorh sagte diese Beschwerde wieder auf Wirt nun sgranzlung den Arbeiter dafür, da beschuden, Wirth son lung giegt eine g und alles Calenari in dem D zum Feier bleiben ist olauben, Reimend welchen p worden e anderes V Schu im Laufe belegen der Bild Sie halte rechten Oh sehen, was dem anwe Ohrenspieg zweifelt letzte un Tageslicht guter Dis eine Stand S. heraus unter best als warme eite sie ne fteich. Ar. zu einem u aus der l mit ihrem bringliche dh es fid wdelung handelte. Errol des Nabr es namen Schlichter, willen die So erfuhr einem Sch

fuhe, welche von den wenigen Badstuben, welche Berlin besaß, die älteste war und bis in die neuere Zeit hinein bestanden hat. Zuerst war der Kessel eine Bucht der Spree, die zu einem Kanale eingeschränkt, späterhin aber verschüttet und ausgehöht wurde. Dies scheint schon im 16. Jahrhundert geschehen zu sein, denn es handelte sich darum, die Krögelgasse als Fahrweg einzurichten, um bei Feuergefahr mit den Wasserleitungen zur Spree gelangen zu können. Im ganzen Krögel wohnen, laut Wohnungsanzeiger, nur 14 Familien. Die Länge dieser Gasse deutet ungefähr die Tiefe der Häuser an, welche die rechtsseitige Häuserreihe der Stralauerstraße hat. Diese Gebäude reichen mit ihren Höfen und Hintergebäuden bis zur Spree. Letztere war in alter Zeit hier viel breiter, bildete gewissermaßen einen kleinen See, den Spreefessel, der nach und nach und besonders dadurch, daß bei Ziehung der Fortifikationsgräben im Jahre 1658 dem Wasser mehr Abfluß verschafft wurde, an Umfang sehr verlor. Diefem Umstande haben alle jene Häuser ihre auffallend langen Höfe zu danken.

**Das burgartige altergraue Haus am Köllnischen Fischmarkt 1/2**, zunächst den Dammhülen, welches jetzt der Kammerarbeiten wegen innen und außen hat gestützt werden müssen, barg die erste Apotheke von Kölln in sich, welche gegen Ende des 17. Jahrhunderts dem Apotheker Jörn gehörte und bei dem um jene Zeit der im Jahre 1682 zu Schleiß geborene Johann Friedrich Böttcher, der Erfinder des Porzellans, in die Lehre trat. Der noch nicht achtzehnjährige Lehrling experimentierte fleißig in den Vorkammern der Apotheke und bildete sich dort zu einem tüchtigen Chemiker aus. Wie alle Alchemisten strebte er nach der Erfindung der Goldstücker und der Universalmedizin. Der Kaiser wird wohl bedeutende Geldopfer gebracht haben und schließlich ungeliebt geworden sein, denn eines Tages war der Vogel ausgeflogen. Im Jahre 1704 stellte Böttcher das erste, von Sammlern so geschätzte braunrothe Porzellan her, und 1709 gelang ihm das erste weiße Porzellan. Im folgenden Jahre errichtete er die berühmte Reichner Porzellanmanufaktur, die Mutter aller Porzellanmanufakturen, auch der Berliner. Er starb schon im Jahre 1719, in seinem 37. Lebensjahre.

**Das Normal-Statut für Krankenkassen**, welches von den Behörden für alle diejenigen Kassen aufgestellt ist, welche infolge des gesetzlichen Krankenversicherungs-Zwanges errichtet werden müssen, enthält unter anderem auch die Bestimmung, daß die Auszahlung des Krankengeldes nur dann erfolgt, wenn der von der Kasse angestellte Arzt eine Bescheinigung ausstellt, die dem Rentanten vorgezeigt werden kann. Die Verkäuferin in einem Weiswaaergeschäft, welche sich nicht von dem Kassennarzte behandeln ließ, legte, als sie erkrankt gewesen war, dem Rentanten die Bescheinigung von demjenigen Arzte vor, von dem sie sich hatte behandeln lassen. Der Rentant lehnte die Auszahlung des Geldes ab, indem er die Bescheinigung von dem Kassennarzte verlangte; dieser erklärte sich außer Stande, die gewünschte Bescheinigung in dem Umfange zu ertheilen, daß daraufhin die Auszahlung des Krankengeldes erfolgen könne, da er von der Art der Erkrankung aus eigener Anschauung gar keine Kenntnis erhalten habe. Unter diesen Umständen beschritt die Verkäuferin den Weg der gerichtlichen Klage. Sie wurde in erster Instanz abgewiesen, da das Gericht die Bestimmung des Statuts für alle Kassenmitglieder verbindlich erachtete und die erwählte Vorchrift von der Klägerin nicht beobachtet sei. Auf die Berufung der Klägerin hat das Berufungsgericht (die Zivilkammer) das erste Erkenntnis aufgehoben und die verlagte Kasse zur Zahlung des Krankengeldes an die Klägerin verurteilt. In den Entscheidungsgründen wird ausgeführt, daß es nicht in der Absicht des Gesetzgebers gelegen haben kann, Jemanden zu zwingen, sich von einem Arzte behandeln zu lassen, zu dem man kein Vertrauen habe. Vielmehr könne das Vorhandensein der Krankheit, welche den Anspruch an die Kasse begründet, von jedem approbirten Arzte bescheinigt werden; nur dürfen durch diese anderweitige Bescheinigung der betreffenden Kasse keine Mehrkosten erwachsen.

**Restaurant Seeschlösschen in Reinickendorf**. Am Sonntag, den 6. v. Mts. fand in Reinickendorf im Restaurant Seeschlösschen eine Volksversammlung statt, in welcher der Kandidat des Niederbarnimer Kreises, Herr A. Stadthagen, einen Vortrag hielt. Es ist dies dasselbe Lokal, vor welchem, wie wir seiner Zeit berichteten, der Restaurateur von Friedrichshagen, Herr Süh, einen hohen Jaun ziehen ließ, damit die im Seeschlösschen Verkehrenden nicht ins Wasser fallen und der Wirth nicht so viel Bier verkaufen sollte. Am Tage nach der Versammlung wurde nun dem Wirth eröffnet, daß er sein Lokal um 10 Uhr zu schließen hätte; auch wurde ihm die Konzession entzogen. Auf seine Anfrage beim Amtsvorsteher Wille nach dem Grund dieser Maßregelung sagte derselbe, daß er nicht nötig habe, ihn anzugeben. Auf Beschwerde beim Landratsamt wurde die Verfügung theilweise wieder aufgehoben, so daß der Wirth alle 14 Tage Tanz geben darf. Wilt nun die Genossen Reinickendorfs vermuthen, daß die Beschränkung der Konzession erfolgt ist, weil der Wirth sein Lokal den Arbeitern zur Versammlung gegeben hat; so agitieren sie dafür, daß alle Freunde der Arbeiterschaft das Seeschlösschen besuchen, um so mehr, als in ganz Reinickendorf kein einziger Wirth sonst vorhanden ist, welcher sein Lokal zu Versammlungen giebt. In Folge dieser Agitation hatten sich am Sonntag eine große Anzahl Personen im Seeschlösschen eingefunden, und alles war heiter und fidel, selbst der Gendarm. Herr Gulenburg, schien sich zu amüsiren, und da für die Sicherheit in dem Dorfe nichts zu beforgen war, blieb er von 17 Uhr bis zum Feierabend anwesend, ein anderer Grund für sein Dableiben ist wohl nicht anzunehmen. Denn man kann doch nicht glauben, daß die Obrigkeit befürchtete, die Gäste könnten Reinickendorf umstürzen, den See austrocknen oder sonst irgend welchen polizeiwidrigen Unfug treiben. Die Berliner Arbeiter werden erlucht, wenn sie nach Reinickendorf kommen, kein anderes Lokal zu besuchen, als das Seeschlösschen.

**Schwabenland**. Das war eine sonderbare Ernte, welche im Laufe des gestrigen Tages in der am Görlicher Bahnhof gelegenen Sanitätskammer gehalten wurde. Zuerst erschien auf der Bildfläche eine in der Forsterstraße wohnende Frau A. Sie hatte es seit der vergangenen Nacht vor Schmerzen im rechten Ohre nicht mehr aus, und man möge doch einmal nachsehen, was da drinnen vorgegangen. Dem Wunsche wurde von dem anwesenden Arzte sofort Folge gegeben, und der eingelegte Ohrenspiegel zeigte das Bild eines Schwaben, der verzwweifelt gegen das Trommelfell mit dem Fuße tratete und frobbelte. Aus seinem Schlupfwinkel an das Tageslicht befördert, war das Thier noch fidel und guter Dinge, ebenso wie jener andere Schwabe, welcher eine Stunde später dem in der Wienerstraße wohnenden Fräulein G. herausgezogen wurde. Die Dame war vom Mittagsstich unter beständigem Säusen und Tiden im linken Ohr erwacht, und als warme Einspritzungen das Uebel nicht zu lindern vermochten, eilte sie nach der genannten Sanitätskammer, wo der Schwabenknecht Nr. 2 konstatirte wurde. Doch die böse Brut hatte noch zu einem dritten Streich ausgeholt, dessen Opfer eine Frau B. aus der Lübbenerstraße war. Auch sie ward auf der Woche mit ihrem Ohrenleid erlucht, das sich aus der übergroßen Zudringlichkeit eines Schwaben erklärte. Zu bemerken ist noch, daß es sich nicht etwa um ganz kleine, erst noch in der Entwicklung begriffene, sondern um ziemlich ausgewachsene Thiere handelte.

**Troh aller strengen Bestrafungen**, die auf Grund des Nahrungsmittelgesetzes gerichtsfest verhängt werden, giebt es namentlich in den Vororten noch immer nicht wenige Schlichter, die in gewissenloser Weise um schändlichen Gewinnes willen die Gesundheit ihrer Mitmenschen auf das Spiel setzen. So erlucht erst kürzlich eines Sonntags ein Gendarm, daß bei einem Schlichtermeister P. in Weisensee, dem Inhaber eines

eleganten Ladengeschäftes, drei Schweine abgeladen worden seien, von denen eines hochgradig an Rothlauf erkrankt und notgeschlachtet worden wäre. Bei einer baldigst vorgenommenen Hausfuchung wurde das Fleisch des kranken Thieres bereits zerleinert in einem Pöfelasse vorgefunden. Der Schlichter erklärte, von einem rothlaufkranken Schwein nichts zu wissen, das Fleisch im Fasse stamme von einem gesunden Thiere und liege schon lange im Pöfel. Bei der fortgesetzten Durchsuchung aller Geschäftsräume wurde jedoch die Haut des kranken Thieres, die der Metzger schleunigst abgezogen hatte, von der Krankheit ganz roth gefärbt in einem Schmalzfasse verpackt und mit einer Schicht Schmalz zugedeckt, vorgefunden. Bei näherer Beschichtigung der Haut fand sich auch, daß das kranke Thier nicht zu der vorgeschriebenen Untersuchung durch den Fleischbeschauer gebracht worden war, mithin ein doppeltes Vergehen vorlag. Die Schweine stammten von einem reichen Bauern aus dem Oberbruch und ist sowohl gegen den Bauern sowie gegen den Schlichtermeister Anklage erhoben worden.

**Eine nächtliche Straßenszene**, welche sich in einer der lektorgangenen Nächte vor einem „Wiener Café“ im Norden Berlins abspielte, warf wieder einmal ein recht charakteristisches Licht auf die Geschäftspraxis dieser modernen Erzeugnisse. Es war nach 3 Uhr Morgens und bitterkalt. Ein mit den Berliner Verhältnissen augenscheinlich nicht vertrauter Schiffer war nächtlicher Weise nach Berlin gekommen und fühlte das erklärliche Bedürfnis, einen warmen Imbiß zu sich zu nehmen. Da solide Gastwirthschaften schon um 11 Uhr Abends ihre Pforten geschlossen haben müssen, so wandte sich der Schiffermann einem glänzend erleuchteten „Wiener Café“, welche ja das Privilegium der Nachtkonzession haben, in der stillen Hoffnung, sich hier durch eine Tasse Kaffee restauriren zu können. Vergebliche Hoffnung! Da der Schiffer in schlichter Kleidung erschien, wehrte ihm der Portier den Eintritt und beförderte ihn nächst dem in nicht sehr sanfter Weise an die frische Luft zurück. Der laute Protest des Schiffers rief sehr bald eine Anzahl Straßenpassanten herbei, welche entriest für den Schiffer Partei ergriffen und dem Portier zu Erbe gegangen wären, wenn er sich aus seiner Vergrößerung hervorgewagt hätte. Bald kam auch ein Nachtwächter hinzu, und wie es so im Leben geht, wurde auch hier der Arbeiter für den schuldigen Theil befunden, welcher die erste Bürgerpflicht üben und ruhig seine Wege gehen mußte.

**Infolge Ausgelassens** stürzte gestern Nachmittag der in der Münchbergerstraße wohnhafte Arbeiter Karl Kr., als er im Begriff stand, eine Kiste voll Kohlen in einen Keller der Kurfürstentstraße zu tragen, die Kellertreppe hinab und zog sich außer inneren Verletzungen einen Armbruch zu. Der Verunglückte wurde in ein Krankenhaus geschafft.

**Von einem Schlächterwagen überfahren** wurde gestern Mittag in der Kaiser Wilhelmstraße der Knabe Gustav Sch. aus der Brigerstraße. Sch. fuhrte auf der Straße ein Pferd, als ein Schlächterwagen so nahe an ihm vorbeifuhr, daß Sch. umgestoßen wurde; dann gingen ihm die Räder über den linken Arm. Der Verletzte wurde in ein Krankenhaus gebracht.

**Raum hat man mit dem Heizen der Zimmer begonnen**, so kommen auch schon Kohlenoxydgasvergiftungen vor. Das allzu frühe Schließen der Ofenklappe hat in dem benachbarten Schöneiche bei Schönfließ (Kreis Niederbarnim) großes Unglück verursacht. Die daselbst in einer Brennerei beschäftigten Arbeiter Johann Flichtner und Paul Großhe hatten Dienstag Abend noch kurz vor dem Schlafengehen in ihrem Zimmer Feuer angelegt und da sie, von der Arbeit ermattet, sich bald zur Ruhe begeben wollten, die Klappe zu früh geschlossen. Am anderen Morgen fand man das Zimmer stark mit Rauch angefüllt, die beiden Arbeiter lagen leblos in ihren Betten und alle angelegten Wiederbelebungsversuche erwiesen sich als erfolglos. Ein hinzugerufener Arzt konnte nur den bereits eingetretenen Tod konstatiren.

**Durch einen Schlag in den Mund** wollte gestern Nachmittag das unerschrockene Adonismädchen Bertha S. aus der Blumenstraße seinem Leben ein Ende bereiten. Die S. sollte aus dem Geschäft entlassen werden und wollte dies, es als eine Schande ansehend, nicht ertragen. Die Kugel des abgefeuerten Revolvers ging dem Mädchen durch den Hals, ohne es schwer zu verletzen. Die Lebensüberdrüssige fand Aufnahme in einem Krankenhaus.

**Ein schauerliches Brandunglück** ereignete sich gestern Vormittag kurz nach 11 Uhr in der Swinemünderstraße 33. Dichter Rauch, der aus einer verschlossenen Wohnung drang, veranlaßte die Hausbewohner, die Feuerwehre zu alarmiren. Als man in die Wohnung eindrang, fand man die 84jährige Inhaberin verbrannt in dem von den Flammen erfaßten in der Küche stehenden Bette vor.

**Falsche Fünfmarkstücke** mit dem Münzzeichen A. 1876 sind im Umlauf, weshalb zur Vorsicht gewarnt sein möge.

**Von seinem eigenen Bruder durch einen Peilhieb schwer verletzt** wurde am vorgestrigen Tage der 84jährige Paul Th. Auf einem Hofe in der Prinz Danjersstraße war am Dienstag Nachmittag der etwa 12jährige Bruder des obenwähnten Knaben mit Holzhausen beschäftigt, während der jüngere Knabe dabei war, das Holz zu sammeln und in einen Korb zu packen. Nun muß der kleinere Knabe beim Ansehen des gepalteten Holzes dem Haukloß wohl zu nahe gekommen sein, denn plötzlich ertönte ein gellender Schrei und der kleine Knabe blutüberströmt zu Boden. Sein Bruder hatte ihn mit dem scharfen Peil in den Kopf getroffen und so schwer verwundet, daß der Kleine bewußtlos hinfiel und ein Blutstrom aus dem Kopf hinabrieselte. Der Verwundete wurde zu einem in der Nähe wohnenden Arzt geschafft, der sofort Nothverband anlegte.

**3000 Mark Belohnung** sind laut Bekanntmachung an den Anschlagmäulen von der geschädigten Firma auf Gezeigung des flüchtigen Otto Döring — nicht Döring — ausgesetzt worden. — Auf die Behauptung von Zeugen, welche D. an diesem Sonntag noch mit seiner Braut gesehen haben wollen, legt die Kriminalpolizei wenig Gewicht, hat dagegen die auswärtigen Polizeibehörden von der Flucht des D. und durch Ueberföndung des möglichst genauen Signalements in Kenntniß gesetzt. — Hinter den Flüchtigen sind bereits mehrere Geheimpolizisten her.

**Vermiss** wird seit einigen Tagen die 28jährige unverehelichte Albertine E. aus der Quornstraße. Die Bedauernswerthe war verlobt, das Verhältniß zerbrach sich aber, und nun wurde das Mädchen schwermüthig. Dasselbe verließ die Wohnung ihrer Eltern in der ausgeprochenen Absicht, sich das Leben zu nehmen, und ist bis heute nicht zurückgekehrt.

**Schwere Verletzungen** zog sich gestern Mittag bei der Einfahrt in das königliche Provinzial-Magazin in der Köpcke-straße der Arbeiter Friedrich B. aus Erkner zu. B. wollte mit seinem mit 2 u hoch beladenen Wagen die Durchfahrt passiren, als der Wagen auf der Schwelle hochwippte und der oben sitzende B. herabstürzte. Der Schwerverletzte mußte in einem Krankenhaus Aufnahme finden.

**Ein entsetzlicher Unglücksfall** ereignete sich gestern auf der über die Davel bei Spandau führenden Brücke der Berlin-Hamburger Eisenbahn. Der Arbeiter Müller aus Berlin, welcher bei den Bahnhofsarbeiten beschäftigt war und sich gerade auf einer Kamme befand, hatte eine zur Brücke führende Leiter erliegen, um sich zu überzeugen, ob ein Eisenbahnzug in der Nähe sei. Kaum war er in der Höhe der Brücke angelangt und hatte sich über den Rand derselben vorgebeugt, als ein Zug vorüberbrauste. Das Trittbrett eines Waggons traf den Kopf des Unglücklichen und riß ein Stück des Schädels mit fort. Leblos wurde Müller, der erst am Dienstag in Spandau Beschäftigung erhalten hatte, nach dem Krankenhaus gebracht, wo er bald darauf verstarb.

**Ein „Astronom“** hatte sich gestern Nacht am südlich-n Ende der Halleschen Thor-Brücke aufgestellt, um dem Publikum gegen ein Honorar von zehn Pfennigen das Betrachten des Mondes zu gestatten. Er hielt hierzu einen ungemein gelehrten Vortrag, der aber fortwährend von den drastischen Zurufen aus der Mitte der Nachschwärmer unterbrochen wurde. Ein großer Theil des Auditoriums war nämlich selbst in jenem Zustande, der einem auch bei dichten Wolken und Nebeln „den Himmel voller Sterne“ zeigt, so daß sie die „Artonia am Halleschen Thor“ nur als einen kolossalen Mist betrachteten.

**Geperret** ist die Unterwasserstraße, von der Werder- bis zur Holzgartenstraße, behufs Verlegung elektrischer Kabel, von morgen ab die östliche Fahrstraße am Königsplatz, von der Friedensallee bis zur Siegesallee, behufs Neubeschüttung bis auf Weiteres für Fuhrwerke und Reiter.

**Polizei-Bericht**. Am 30. v. Mts. Morgens wurde ein Sattler in seiner Wohnung in der Demminersstraße erhängt vorgefunden. — Abends bracht sich in einem Cigarrengeschäft Unter den Linden eine Verkäuferin mittelst Revolvers einen Schuß in den Mund bei, so daß sie nach der Charitäre gebracht werden mußte. In der Nacht zum 31. v. M. wurde ein Former auf dem Flur des Hauses Neue Hochstraße 23 mit an beiden Armen durchschnittenen Pulsadern aufgefunden und nach dem Lazarus-Krankenhaus gebracht. — Am 30. v. M. fand in der Winterfeldstraße 2 und in der Nacht zum 31. v. M. in der Reinickendorferstr. 64A je ein Brand statt.

## Gerichts-Beitung.

**Der Plätterin Marie Fröh** wurde gestern eine Gefängnißstrafe von zwei Monaten wegen Beleidigung von Mitgliedern des landesherrlichen Hauses in zwei Fällen von der zweiten Strafkammer des Landgerichts I auferlegt. Gelegenheit einer Unterhaltung, welche die Angeklagte mit ihren Kolleginnen pflog, und welche die Vermählungsfeier des Prinzen Leopold von Preußen zum Thema hatten, ließ die Angeklagte einige Bemerkungen fallen, an welchen einige ihrer Zuhörerinnen Argerniß nahmen und die Angeklagte anzeigen. Die Angeklagte war bisher vollkommen unbestraft.

**Daß ein Beamter** in jedem Fall ein unbehaglicher Gast sein kann, zeigte sich wieder einmal in einer Verhandlung, die gestern vor der I. Strafkammer am Landgericht II stattfand. Der Restaurateur Marx in Reinickendorf war vom Schöffengericht wegen Ueberschreitung der Polizeistunde zu 20 Mark Geldstrafe verurtheilt worden und hatte gegen dieses Urtheil Berufung eingelegt. In der zweiten Instanz wurde folgender Thatbestand festgestellt: Der Amtsdienier und Nachtwächter Sommer gebot in einer Sommernacht um 1 Uhr im Lokale des Angeklagten Feierabend, weil die Polizeistunde abgelaufen war. Der Angeklagte folgte dieser Anordnung. In der dritten Stunde kam der Amtsdienier wieder und fand noch einen Gast im Lokale. Da aber der Angeklagte neben seinem Restaurateur noch einen Gasthof besitzt und für Logirgäste die Polizeistunde nicht gilt, der anwesende Gast aber ein Logirgast war, so konnte der Beamte natürlich nicht einschreiten. Der Gast schob übrigens dem Amtsdienier sein Seidel zu und ließ sich ein frisches geben. Der Beamte trank, obwohl ihm der Wirth sagte, daß er sich nicht mehr im Lokal aufhalten dürfe; er erwiderte vielmehr, er habe das Recht zum Bleiben. Nun kam aber ein Gendarm, der Feierabend gebot und wegen der Verwirthung des Amtsdieniers Anzeige erstattete. — Der Verteidiger, Rechtsanwalt S. Flatau, begründete auf diese Feststellung seinen Antrag auf Freisprechung, ausführend, daß der Beamte nicht als Gast angesehen werden könne. Der Staatsanwalt beantragte Verwerfung der Berufung, denn der Beamte habe als solcher zwar das Recht gehabt, das Lokal zu revidiren; in dem Augenblicke aber, in welchem er Bier trank, war er nicht mehr Beamter, sondern lebiger Gast und außer Logirgästen durfte der Wirth nach Ablauf der Polizeistunde keine Gäste mehr halten. — Der Verteidiger reichte darauf, daß diese Auffassung zu ganz unbilligen Konsequenzen führen müsse. Der Beamte höre nicht auf, Beamter zu sein und hätte sich der Wirth dem Verbleiben desselben im Lokale widersetzt, so wäre der Wirth vielleicht wegen Widerstandes gegen die Staatsgewalt zur Rechenschaft gezogen worden und dann würde der Staatsanwalt vielleicht mit derselben juristischen Energie die Bestrafung des Angeklagten wegen Widerstandes gefordert haben. Der Gerichtshof schloß sich jedoch der Auffassung des Staatsanwalts an. Es sei angenommen worden, daß der Angeklagte den Amtsdienier und Nachtwächter zum Verlassen des Lokales aufgefordert habe, aber der Wirth hätte durch Handlungen seinem Gebote Nachdruck geben müssen. Da er dies nicht gethan, habe er sich strafbar gemacht, weshalb die Berufung zu verwerfen sei, zumal auch das Strafmaß zu Bedenken keine Veranlassung geben könne.

## Soziale Ueberblick.

**Ein ernstes Wort an die akkordarbeitenden Maurer Berlins**. Unter diesem Titel veröffentlicht ein alter Kollege folgendes Mahnruf im „Vereinsblatt“: Nun, Ihr akkordarbeitenden Maurer Berlins, ist dies das Gedächtnis unseres diesjährigen Kampfes, glaubt Ihr, so die Früchte desselben zu ernten? Glaubt Ihr, indem Ihr die Arbeitsform organisirt, welche die schlechteste der heutigen Wirthschaftsweise ist, die die Ausnutzung der Menschen durch Menschen am schlimmsten ausprägt, Euch zu nützen? Ja, wenn Ihr nur dies eine Jahr noch zu leben gedachtet, dann würde man Euch Treiben verzeihen. Aber bedenkt doch die Zukunft. Ich bitte Euch in Eurem eigenen Interesse, nehmt die Mahnung eines alten Kollegen an, lernt die Sache aus der Erfahrung beurtheilen kann. Es ist eine Wahrheit, aus der Vergangenheit und Gegenwart kann man auf die Zukunft schließen. Die Verhältnisse sind ähnlich, wenn auch in anderem Maßstabe, schon oft wiederkehrt, so daß man wohl sagen kann, es ist alles schon einmal dagewesen.

Als im Jahre 1870 der zehnstündige Arbeitstag für Berlin erlangt wurde, da traten ganz dieselben Erscheinungen auf, wie heute. Theils veranlaßt durch die Unternehmer, die den Gesellen den erreichten Erfolg stehlen wollten, theils auch durch die Eifersucht und Selbstsucht der Gesellen veranlaßt, entstand eine Anzahl von Akkordmauern. Die letzteren suchten ihr gemeinschaftliches Bestreben dadurch zu beschönigen, daß sie sagten, sie halten ja die neunstündige Arbeitszeit ein. Sie suchten dadurch verzeihen zu machen, daß die Akkordarbeit so gut ist, wie eine Verlängerung der Arbeitszeit um mehr als drei Stunden. Auch wendete man, wie heute die Akkordarbeiter es thun, jeüthlich ein, man arbeite ja für keinen billigeren Lohn, wenn man bei einem Tagelohn bis zu 5 M. die Arbeit für 8 bis 9 M. für das Tausend Ziegel annehme, ohne die Extravergütungen, die es damals noch gab.

Aber die Geldgier kannte keine Grenzen, die Akkordarbeiter wühlten und schuferten, um mehr zu verdienen. Dadurch kamen sie miteinander in Konkurrenz und war im Jahre 1880 der Preis für 1000 Steine zu vermauern ohne jede Extravergütung auf 4,50 M. gesunken, gegen 9 M. mit Extravergütung im Jahre 1878. Damit war es durch die Akkordarbeit gleichzeitig geclüht, den Tagelohn auf fast 3 Mark herabzubringen. Dies war der Segen der Akkordarbeit. Wenn ein Lohnkampf den Arbeitern schwere Wunden schlägt, so sind dies doch

